

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonntagabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreizehnpaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

**Inhalt:** Zum Jubiläum des Zimmererverbandes. — Ein merkwürdiges Urteil gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Mahregelungen, Differenzen. Die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1909. Bekanntmachung des Verbandesvorstandes. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterfiskus, Subventionen. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton.

### Zum Jubiläum des Zimmererverbandes.

Am 19. August sind fünfundzwanzig Jahre verflossen, seit der erste „Handwerkertag der deutschen Zimmerleute“ in Berlin zusammentrat, der dann die Gründung des Verbandes deutscher Zimmerleute beschloß und auch zugleich das Statut für die neue Organisation schuf.

Die Zimmerer bilden eine wichtige Gruppe des Baugewerbes und die Geschichte ihrer Organisation ist vielfach mit der der Maurerorganisation verflochten. Viele ihrer Kämpfe waren auch unsere Kämpfe, ihre Siege waren oft auch unsere Siege und ihre Niederlagen auch unsere Niederlagen. Das Auf und Ab der Bautätigkeit traf sie wie uns, und das bewirkte eine in ihren Hauptzügen ziemlich gleichartige Entwicklung der Organisationen. Das sind Gründe genug für uns, an diesem Tage, wo sich ein Vierteljahrhundert emsiger Gewerkschaftsarbeit vollendet, der Schicksale unserer Bruderorganisation zu gedenken. Sie führen uns durch Zeiten eines fast hoffnungslosen Kampfes gegen eine feindselige staatliche Bürokratie, durch Zeiten dumpfer Teilnahmslosigkeit der Massen, für deren Wohl man alles tat, aber auch durch Zeiten, wo der Geist des Erwachens durch die proletarischen Massen brausete und sie gleichsam im Sturme in die Organisation hineintrief, in die Organisation und in den Kampf gegen verächtliche Herrschaft. Und dann wandeln wir wieder durch Zeiten, wo die durch günstige wirtschaftliche Verhältnisse angefachete Kampflust, ersticht, wo der Vormarsch jäh stockt und viele, viele abtrünnig werden. Aber der unbezwingbare Geist der Arbeiterolidarität übersteht auch diese Jahre der Unfruchtbarkeit und mit zäher, nie nachlassender Beharrlichkeit weiß er sich durchzuringen und sich durch das Gestrüpp des Vorurteils, durch die untergründigen Stimpfe der Verleumdung wie durch die stacheligen Äzzen brutaler Arbeitsherrschaft den Weg zu bahnen, den Weg des Aufstiegs, der weit und mühselig zu gehen ist, der uns aber immer mehr erblickt läßt und uns zum Ziele führt: zur Macht, zu Freiheit und Menschentum.

Der heutige Zentralverband der Zimmerer Deutschlands hatte seine Vorläufer in vorsozialistengesetzlicher Zeit. Die beiden ersten Vorläufer waren die „Internationale Gewerkschaften der Maurer und Zimmerer“, deren Zentralsektion in Dresden saß, und der „Allgemeine deutsche Zimmererverein“ mit dem Sitz in Berlin. Dieser Verein war auf dem ersten Kongress der Zimmerer Deutschlands, der Ende Dezember 1868 in Braunschweig tagte, gegründet; der Vorsitzende Stübner war zugleich Vorsitzender des einige Wochen später gegründeten „Allgemeinen deutschen Maurervereins“. Nachdem dieser ausgewandert war, übernahmen die Gebrüder Otto und August Kapell die Leitung. Der Verein gründete auch in den folgenden Jahren ein eigenes Organ, den „Pionier“. Im Jahre 1874 wurde der Verein politisch geschlossen und Kapell gründete den „Zimmererbund“, dem nach seiner ebenfalls bald erfolgten Unterdrückung der „Deutsche Zimmererverein“ folgte. Otto Kapell mußte seine

Organisationstätigkeit mit vier Wochen Gefängnis büßen. Der Verein bestand zwar weiter, doch hat er es zu größerer Bedeutung nicht bringen können. Nach der Statistik von Geib, die bekanntlich das einzige urkundliche Zeugnis über die damalige Stärke der Gewerkschaftsorganisationen ist, hatte der „Deutsche Zimmererverein“ im Jahre 1877 in 88 Orten 3300 Mitglieder. Die Mitgliedschaft konnte durch ein Eintrittsgeld von 25 A erworben werden. Der monatliche Beitrag betrug 40 A. Am 28. Oktober 1878 endete das Sozialistengesetz das schwache Dasein des deutschen Zimmerervereins, und nun herrschte einige Jahre Ruhe; nur die Polizei wachte.

Im Jahre 1881 regte es sich zum ersten Male wieder unter den deutschen Zimmerern. In der Reichshauptstadt gelang es, eine Versammlung abzuhalten. Man setzte eine Kommission ein, die mit den Innungsmeistern über eine Lohnerhöhung verhandeln sollte. Die Verhandlungen fanden auch statt und die Kommission forderte einen Mindestlohn von 35 A die Stunde, die Meisterdeputation versprach, der Innungsverammlung die Forderung vorzulegen. Als aber die Gesellenkommission einer zweiten Versammlung über ihre Schritte berichtete, wurde sie getadelt; man wollte nicht die Anerkennung eines Lohnes, der fast allgemein schon gezahlt wurde, sondern eine allgemeine Lohnerhöhung, und deswegen sollte die Kommission einen Mindestlohn von M. 4 bei zehnstündiger Arbeitszeit fordern. Zugleich sah man ein, daß zur Durchführung der Forderung eine Organisation notwendig war, und so kam es am 3. Juli 1881 zur Gründung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Berliner Zimmerer“. Dies war die erste Zimmererorganisation nach Auflösung des „Deutschen Zimmerervereins“. Der Zweck des Vereins war, „das Wohl der Berliner Zimmerer in jeder gewerblichen Beziehung zu fördern und den Bedürfnissen mit Rat und Tat beizustehen“. In den Versammlungen sollten nur Zimmerer reden dürfen, und Politik sollte von der Erörterung ausgeschlossen sein. Das Eintrittsgeld sollte 50 A, der monatliche Beitrag 30 A betragen. Die Meister lehnten die Forderung ab und erklärten sich nur bereit, einen Mindestlohn von 30 A anzuerkennen. Man rüstete nun zum Kampfe, aber die Bewegung war noch viel zu schwach, um einen Streik rätlich erscheinen zu lassen.

Auch das folgende Jahr verstrich, ohne daß die Bewegung wesentlich weiterkam. Inzwischen war jedoch der Zimmerer Marxian zum Vorsitzenden gewählt worden, ein Mann mit Organisationstalent, dem es gelang, mit der Hirsch-Dunderschen Zimmererorganisation und einigen noch harmloseren Vereinen eine gemeinsame Lohnkommission zu bilden, die wieder an die Meister herantrat. Man forderte wieder den Lohnsatz von M. 4 für den zehnstündigen Arbeitstag. Diesmal antworteten die Meister entgegenkommend; aber nur, um die Gesellen so lange hinzuhalten, bis die beste Zeit vorüber war. Die Zimmerer durchschauten jedoch den Plan, und lehnten auch ein hinterhältiges Vermittlungsangebot der Meister ab; sie beschloßen vielmehr am 18. März 1883, wenn die Forderung nicht bewilligt würde, am 1. Mai die Arbeit niederzulegen. Die Bewegung hatte indessen immer weitere Kreise erfasst, und an manchen Plätzen wartete man mit der Arbeitseinstellung gar nicht bis zu dem beschlossenen Termin. Dadurch wurde natürlich die Einseitigkeit der Bewegung beeinträchtigt, und als dann wirklich der 1. Mai und mit ihm der Zeitpunkt des Losschlagens kam, blieb man ohne Erwartungen unerfüllt. Am 27. Mai hob man den Streik auf, nachdem manche Meister die Forderung anerkannt, andere wieder genügend „Arbeitswillige“ gefunden hatten. An Unterstützungen waren ungefähr M. 10.000 ausgegeben worden.

Die Führer ließen jedoch den Mut nicht sinken, sondern arbeiteten nun erst recht an der Ausbreitung des Vereins, der bald darauf vom Polizeipräsidenten für politisch erklärt wurde. Das kam der Androhung der baldigen Auflösung gleich. Nun ebbte die Bewegung zurück. Doch im Lande war man durch das Vorgehen der Berliner Kollegen etwas lebendig geworden, und so tauchte bei den Leitern des Berliner Vereins der Plan auf, jetzt eine alle deutschen Zimmerer umfassende Organisation zu gründen. Am 24. Juni 1883 beschloß der Berliner Verein die Einberufung eines Handwerkertages der Zimmerer.

Am 19. August 1883 trat der Handwerkertag in Berlin zusammen. An ihm nahmen 27 Delegierte teil, die 41 Städte vertraten. Bei der grassierenden Verfolgungswut der Polizei war es ein Gebot der Klugheit, alles zu vermeiden, was der Polizei als ein Vorwand zur Vernichtung der Organisation dienen konnte, um den Kern des Unternehmens, die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen, zu retten. Die Leiter des Handwerkertages gingen noch weiter: sie verbrannten die Tagung mit allerlei zünftlerischem und sogar patriotischem Beiwerk, über das man in der Arbeiterschaft schon damals den Kopf schüttelte. In einem feierlichen Umzuge trug man die alten Handwerks- embleme durch die Stadt und bei der Eröffnung erklang sogar ein Kaiserhymne. Bei manchem war es ernst gemeint, andere aber, und wohl die meisten, ließen es hingehen, um nicht solch wunderlicher Dinge wegen das Ganze zu gefährden. Sie vertrauten darauf, daß die harte Wirklichkeit der Zukunft die Sache schon wieder eintreten würde. Die Gründung des „Verbandes Deutscher Zimmerleute“ wurde beschlossen; der Statutenberatung lag ein Entwurf von Marxian zu Grunde. Als der Zweck des Verbandes wurde bezeichnet: Die Wahrung der Ehre, die Hebung und der Schatz der Interessen der deutschen Zimmerleute auf gewerkschaftlicher Grundlage. Politisch sollte der Verband in keiner Hinsicht sein. Von seinen besonderen Aufgaben seien genannt: Möglichste Lohnaufbesserung, Regelung der Arbeitszeit, Vertretung der Gesellen im Meisterrat, Schutz für Werkzeug gegen Diebstahl und Feuer, fachtechnische Belehrung, Rechtsschutz in Unfallsachen und Lohnstreitigkeiten. Das Eintrittsgeld sollte 50 A betragen, die monatlichen Beiträge sollten in drei Stufen von 30 bis 50 A und nur für neun Monate erhoben werden. Beim Eintritt wurde ein Zeugnisausweis gefordert. Als Verbandsorgan wurde die „Zeitschrift für Zimmerkunst“ bestimmt, die vornehmlich fachtechnischer Art war und von einem Architekten Pitz redigiert wurde. Sie war ein Privatunternehmen und bestand schon seit dem 1. Juli 1883; sie erschien monatlich und wurde den Mitgliedern vom Verbands geliebert.

Im Jahre 1884 streikten die Berliner Zimmerer abermals; aber wieder war der Ausgang nicht glücklich. Die junge Organisation war ohne Geld. Der unglückliche Streik führte zur Amtsenthebung und weiterhin zum Ausschluss des Vorsitzenden Marxian aus dem Verbands. Der zu Pfingsten zusammentretende zweite Handwerkertag wählte für ihn Schönslein zum Vorsitzenden. Bei dieser Gelegenheit trat zum ersten Male der Regierungsbaumeister a. D. Kessler in der Zimmererbewegung auf. An Mitgliedern zählte der Verband in 34 Städten 3637; vereinnahmt hatte er M. 2567, dazu hatte er aber M. 4685 als Darlehn aufzunehmen müssen. Unter diesen ungünstigen Verhältnissen war der Verband nicht im Stande, viel zur Unterstützung der ziemlich zahlreichen Streiks in diesem Jahre (es wurde gestreikt in Berlin, Hamburg, Breslau, Magdeburg, Kiel, Düsseldorf, Brandenburg, Bochum, Dortmund u. a.) beizutragen, obwohl der Handwerkertag den Beitrag ohne Unterschied auf 10 A wöchentlich

festgelegt hatte. Auch der nächste (dritte) Handwerkerstag, der 1885 in Magdeburg tagte, zeigte noch keine Erklärung des Verbandes. Wohl war die Zahl der Zahlstellen auf 76 angewachsen, aber die Mitglieder hatten sich nur um 165, auf 3802, vermehrt. Dagegen war im Verbands eine ziemliche Unzufriedenheit über die Haltung des Vorstandes entstanden, der vielen, besonders Magdeburger und Berliner Mitgliedern, zu lau, zu „reaktionär“ war. Man beschloß, den Zahlstellen einen größeren Anteil von den Einnahmen (40 pSt.) zu lassen und außerdem ein Streikreglement, daß die Unterstützung der Streiks in das Ermessen des Verbandsvorstandes stellte.

Zu den mangelhaften Erfolgen kamen nun noch verstärkte polizeiliche Repressalien, die dem Verbande das Leben sauer machten. In Sachsen hatte die Polizei die dortigen Zahlstellen geschlossen, die sich gegen die §§ 24 und 26 des „Zuwels“ vergangen haben sollten. Damit war dem Verbands ganz Sachsen versperrt. In Preußen brauchte man die Zahlstellen nur für politische Vereine zu erklären, um sie zur Auflösung reis zu machen. Dazu kam im Jahre 1886 noch der Puttkamerische Streikverbot, der wieder neue Gefahren und Zugangs zum schuf. Immerhin zeigten sich auf dem vierten Handwerkerstage im Jahre 1886 zu Breslau schon einige Fortschritte. Die Kassenverhältnisse hatten sich gebessert und in 84 Zahlstellen hatte man 4342 Mitglieder. Auf diesem Tage lehnte man die auf Einführung von Unterstützungen, abzielenden Anträge ab, weil man davon mit Recht die Anwendung des Unterstützungsgegesetzes auf den Verband befürchtete. Uebrigens wurde auch die Streikunterstützung nicht aus der Verbandskasse gezahlt, sondern man versuchte, die dazu erforderlichen Gelder durch vom Vorstand herausgegebene Sammelkassen aufzubringen. Natürlich bot das viele Schwierigkeiten.

Eine Gefahr zog für den Verband herauf, als der Vorstand den Antrag der Magdeburger Zahlstelle auf Streikunterstützung ablehnte. Dort hatte die Opposition gegen die Verbandsleitung nie aufgehört zu glimmen; jetzt schlug sie jedoch in helle Flammen empor. Das Vorgehen des Verbandsvorstandes war von der Befürchtung diktiert, der Polizei Gelegenheit zu einem vernichtenden Schläge gegen den Verband zu geben, wenn er die Magdeburger Zahlstelle in ihrem Lohnkampfe unterstützte, da diese längst als einer politischer Verein erklärt worden war. Auf die nun folgenden Angriffe der Magdeburger löste der Vorstand die dortige Zahlstelle auf. Die Antwort darauf war ein Aufruf zur Beschickung einer deutschen Zimmererkongresses, zu dem sich die Magdeburger Zimmerer mit den Leipzigiern verbanden; die Aufgabe des Kongresses sollte die Gründung einer Gegenorganisation sein. Der Kongress fand am 28. April 1887 auch wirklich in Magdeburg statt; er war aber nur von Leipzig, Magdeburg und Berlin besetzt worden. Man gründete dort eine Organisation, aber schuf doch den Rahmen zu einer solchen, nach den ziemlich komplizierten und nur durch die damaligen unsicheren Rechtsverhältnisse erklärlichen Organisationsgrundsätzen der Fachvereinsbewegung.

Der Verband hielt zu Pfingsten desselben Jahres seinen fünften Handwerkerstag in Lübad ab, dessen hauptsächlichster Beschluß der war, den Sitz des Vorstandes von Berlin nach Hamburg zu verlegen. Damit war zugleich ein Wechsel der leitenden Personen verbunden. Zum Vorsitzenden wurde Quast, zum Kassierer Müllerstein gewählt. Die Mitgliederzahl war inzwischen auf 6000 gestiegen. Mit der Sonderorganisation befaßte man sich nur insofern, daß man ein Zusammenarbeiten mit ihr ablehnte. Diese machte nur wenig Fortschritte. Sie hielt im Jahre 1888 ihren zweiten Kongress in Chemnitz ab und schuf dort die Einrichtung des Generalfonds. Im Besonderen hatte man jetzt endlich den Kassierer besoldet und damit eine Person ganz für die Wahrnehmung der Verbandsgeschäfte gewonnen. Da wurde das Ansehen des Verbandes durch die Entschuldigter erfüllt, daß der Redakteur der „Zimmererzeitung“, Witz, ein Polizeispitzel sei. Der Mann wagte sich gegen diese schwere Beschuldigung nicht einmal zu verteidigen, sondern trat noch vor dem sechsten Handwerkerstage, der im Jahre 1888 zu Hannover tagte, zurück. Der Verband zählte in 86 Orten 5948 Mitglieder und hatte an Beiträgen und Eintrittsgeldern eine Jahresseinnahme von M. 21393, wovon freilich nicht viel übrig geblieben war.

Der siebte Handwerkerstag (1889 zu Weimar) fand den Verband bedeutend gestärkt. In 131 Vereinen waren 10500 Mitglieder und die reine Einnahme betrug M. 29360. Hier beschloß man, das Verhältnis mit der „Zimmererzeitung“ zu lösen und ein eigenes Organ, „Der Zimmerer“, mit Müllerstein als Redakteur, herauszugeben. Ebenso wurde das alte Unrecht gegen Marjan wieder gut gemacht, er wurde wieder als Mitglied aufgenommen. Neben dem Kassierer wurde nun auch der erste Vorsitzende fest angestellt. So günstig der Verband nun auch stand, zur Bewältigung der ihm gestellten Aufgabe reichten die Kräfte noch nicht aus. Die hereinbrechende Hochflut der Streiks war durch kein Reglement zu meistern, noch weniger waren die Unterstützungsaufträge zu befriedigen. Die Streikbewegung wuchs dem Verbands über den Kopf. Trotzdem wuchs die Mitgliederzahl gewaltig. Aber innerhalb des Verbandes regte sich die Opposition; in Berlin trat sogar eine Zahlstelle (in Berlin bestanden mehrere) der Sonderorganisation bei und in vielen anderen Orten verlangte man Reformen; das nahe Ende des Ausnahmengesetzes, die siegesichere Begeisterung in allen Kreisen der Arbeiterklasse wirkten nun auch hier.

Unter diesen Umständen gezielte die Stimmung für einen Verständigungsversuch auf beiden Seiten der feindlichen Brüder. Auf einer Konferenz der beiderseitigen leitenden Personen vereinbarte man einen gemeinsamen Kongress, der im Jahre 1890 in Gotha tagte, und dessen Ergebnis der Beschluß war, auf beiden Seiten auf eine Vermählung hinzuwirken. Auf dem bald danach tagenden achten Handwerkerstag in Frankfurt a. M. wurde dann unter hervorragender Mitwirkung Bringmanns, des Führers der Gegenorganisation, ein neues Statut entworfen, das den Forderungen nach Modernisierung der alten, vielfach

von künstlicher Engherzigkeit erfüllten Bestimmungen entgegenkam. An Stelle Quasts wurde Schrab zum Vorsitzenden gewählt, der dies Amt noch heute vertritt. Eine Konferenz der „Freien Vereinigung“ stimmte dem Anschluß an den Verband zu.

Im Jahre 1890 hatte der Verband heftige Kämpfe zu führen, die fast alle ungünstig verliefen. Von hervorragender Bedeutung war der Kampf in Hamburg, der von Mai bis zum Ende des Jahres dauerte und M. 124570 an Unterstützungen erforderte, ohne daß die Forderungen durchgesetzt wurden. Damit begann eine Periode des Niederganges der Organisation, die eigentlich nur der Wüberschein des wirtschaftlichen Niederganges war, der das gesamte Erwerbsleben ergriffen hatte. Auf der neunten Generalversammlung (Galle 1891), wie man nun die jährlichen Zusammenkünfte nannte, hatte man in 208 Zahlstellen noch 10600 Mitglieder. Dort wurde die Reiseunterstützung eingeführt und der Wochenbeitrag von 10 auf 15  $\frac{1}{2}$  erhöht; außerdem beschloß man, die Generalversammlungen nur noch alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Nun ging man auch wieder in das so lange abgeperrte Sachsen, wo man in den Einzelmitgliedschaften eine Form gefunden hatte, an die die Polizei nicht heran konnte. Trotzdem blieb es beim Niedergang der Mitgliederzahl. Auf der zehnten Generalversammlung 1893 in Bremen zählte man nur noch in 176 Zahlstellen 8171 Mitglieder. Diese Tagung war aber für den Verband insofern von Bedeutung, als sie die Einheitsbeiträge aufhob und sie nach Lohnklassen abstufte.

Noch einige Jahre wirtschaftlichen Tiefstandes folgten, und ihnen entsprach die Bewegung der Mitgliederzahl, 1893: 8382; 1894: 8399. Dann aber stieg sie im Jahre 1895 auf 9304 und 1896 auf 13931. Der lähmende Einfluß der Krise war überwunden, und nun ging es vorwärts, vorwärts auf allen Gebieten: Die Mitgliederzahl, die Finanzkraft und die Erfolge des Verbandes stiegen fast ohne jede Unterbrechung, und damit hielt Schritt der innere Ausbau der Organisation, von dem die seit einem Jahre eingeführte Arbeitslosenunterstützung nicht der Abschlus, wohl aber die wichtigste Maßnahme ist.

Zum Schluß mögen einige Zahlen aus der weiteren Entwicklung des Verbandes hier Platz finden. Der Verband hatte

Jahr	Zahlstelle	Mitglieder	Jahreseinnahme M.	Gesamterwachsene M.
1897	314	17657	175703	84095
1898	424	22689	246804	109459
1899	491	24890	373492	194630
1900	512	26423	318310	361088
1901	482	24198	287938	448929
1902	476	25318	490092	419111
1903	518	30937	655134	558045
1904	555	38045	805712	707335
1905	608	43924	1093298	919166
1906	694	52977	1403983	1322308
1907	706	52872	2187705	1610232

Diese Zahlen finden ihre Ergänzung in den vom Zimmerverband geführten Kämpfen und in den abgeschlossenen Tarifverträgen. Im Jahre 1903 wurden

## Freitragende Steinwände.

Von Fred Good.

(Nachdruck verboten.)

In der Hochbautechnik pflegte man bisher unbelastete Wände möglichst leicht zu konstruieren, da sie nur die Aufgabe leicht zu erfüllen hatten, Räume zu trennen, oder zu umschließen, ohne sonstige konstruktive Aufgaben zu erfüllen. Diesem Zweck kann schon eine gepuckte Mauerwerk oder eine Drahtputzwand genügen; es kommt dann im wesentlichen darauf an, daß diese leichten Trennungswände, namentlich hinsichtlich der Feuerfestigkeit, den baupolizeilichen Vorschriften genügen. Diese leichten Wandkonstruktionen, welche die Wallenlage sehr wenig belasten, bieten dann noch den Vorteil, daß man sie an beliebiger Stelle auf die Balken zu legen vermag, also von den Mauern der tiefer liegenden Geschosse vollkommen unabhängig und in der Raumdisposition nicht beschränkt sind. Aber die leichten Trennungswandkonstruktionen besitzen andererseits doch manchen recht unangenehmen Fehler. Mit der Schallschließung dieser Wände, namentlich der Drahtputzwände, ist es außerordentlich schlecht bestellt; aber den Mietern sind diese Drahtputzwände auch deshalb höchst unangenehm, weil beim Einschlagen von Spiegeln oder Bilderhaken in der Regel sofort größere Löcher oder Risse entstehen, und vielfach ist es passiert, daß der Haken an der anderen Seite wieder herauskam, eine Figur von einer Konsole heruntergeklübberte oder sonst einen Schaden anrichtete. Es sind dann „nagelbare“ Trennungswände aufgefunden, die aber gleichfalls den Schall verdrängen, während andere die Feuerprobe schlecht bestanden haben. Manche Konstruktionen sind sehr gut und zweckmäßig, aber fast so kostspielig als dünne Steinwände, denen man doch wohl mit Recht den Vorzug gibt, wo irgend die Mittel zur Verfügung stehen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Steinwand auch da, wo sie nicht als tragende Wand in Betracht kommt, die beste Trennungswand darstellt, und daß eben nur darin ein Nachteil auf zu erblicken ist, daß man sie nicht an beliebiger Stelle auf die Wallenlage legen kann, sondern sie

durch Träger oder Gurtbögen abfangen oder auf eine Traglewand stellen muß.

Diese Erwägungen haben in letzter Zeit dazu geführt, freitragende Steinwände zu konstruieren, welche weder Träger noch Wallenlage bedürfen, sondern zwischen zwei Tragwänden aufgehängt werden. Man könnte also derartige Wände z. B. freitragend zwischen zwei Pfeilern herstellen, d. h. ohne Ausführung einer Wallenlage und ohne Verwendung von Trägern. Zu Versuchszwecken sind denn auch von der k. k. Materialprüfungsanstalt in Berlin auf dem Versuchstermin beim Bahnhof Großlichterfelde-West derartige Wände ausgeführt worden. In der Praxis sind derartige Konstruktionen bereits in unfassendster Weise von Baubehörden und Privatbaumeistern in Berlin angewendet worden, und zwar nicht nur zur Herstellung von Trennungswänden in Wohn-, Geschäfts- und Fabrikgebäuden, sondern auch für Giebelwände, Umwärmungsmauern usw.

Diese freitragenden Steinwände werden aus größeren porösen Ziegelsteinenlopfen zusammengefügt, damit nur ein geringer Aufwand von Fugenmörtel erforderlich wird; Die Porosität der Steine ermöglicht die Nagelung, und die Kanäle in den Platten bilden einerseits eine gute Isolierung und verringern andererseits das Gewicht der großen Platten, so daß sie ohne besondere Schwierigkeit von den Mauern gehandhabt werden können. Diese Platten, welche ich in Berlin mehrfach gesehen habe, sind 33 cm lang, 19,5 cm breit und 6,5 cm stark. Diese Größe ließ sich nach vielfachen Versuchen als besonders praktisch erweisen haben. Es wäre aber nicht einzusehen, warum nicht schließlich auch noch andere Formate geeignet sein sollten; nur kleine Steine von Ziegelformat sind nicht zweckmäßig, weil dadurch die Mauerarbeit zu kostspielig wird.

Diese freitragenden Wände aus porösen Ziegelplatten werden in der Weise hergestellt, daß der obere Teil gleichsam einen von einer tragenden Mauer zur anderen gespannten Steinbalken darstellt, während der untere Teil der Wand an diesem Steinbalken hängt, also keinerlei

Stützen, Unterzüge oder dergleichen braucht. Selbstverständlich wird man in der Praxis die Wände dennoch auf die Wallenlage legen, wo dazu die Möglichkeit gegeben ist, aber die Balken können ruhig abtrennen und fügen, die freitragenden Steinwände würden dennoch zwischen den beiden Tragwänden hängen bleiben. Der obere Teil derartigen freitragender Wände greift beiderseitig etwa 5 cm in die tragenden Nachbarwände ein, mit denen sie rechts und links in Verbindung steht. Die Eisenbewehrung, die zugleich den unteren hängenden Teil mit dem oberen, als Steinbalken dienenden Teil der Wand verbindet, besteht aus Rundstählen, welche waagrecht und senkrecht in die hierfür bestimmten Fugen eingelegt werden. In der Regel kommen die waagerechten Eisenstäbe in jede zweite oder dritte Fuge, und die Enden werden umgebogen, so daß sie in die angrenzende Wand bezw. in die Litzarge eingreifen. Auch unter der letzten Schicht und über der obersten wird ein deraariger Rundstahl verpendet. Die senkrechten Eisenstäbe ordnet man zu beiden Seiten der Litzargen und weitere Stäbe, je nach Erfordernis, zwischen Litzarge und Stützband an. In der Regel werden die vertikalen Stäbe in Entfernungen von circa einem Meter verpendet.

Das kgl. Materialprüfungsamt der Technischen Hochschule in Berlin veranlaßte auf Veranlassung eines Berliner Baubüreaus verschiedene Versuche mit derartigen freitragenden Wänden. Bei dem ersten Versuch sollte festgestellt werden, in welchem Maße die Wand wirklich die Fähigkeit besitzt, sich freizutragen, und mit welcher Tragfähigkeit bezw. Widerstandsfähigkeit gegen Erschütterungen man rechnen könne. Die Wand wurde zwischen zwei 5,50 m hohen und 5,50 m voneinander entfernt stehenden Pfeilern ausgeführt, die oben durch einen verankerten Holzbohlen miteinander verbunden waren. Die Steine wurden in Zementmörtel verlegt; von etwa 2,50 m Höhe ab wurde die Wand in einen etwa 5 cm tiefen Schlitze der beiden Seitenpfeiler eingelassen. Die Ausführung erfolgte im übrigen, wie es bereits oben beschrieben wurde. Die Rundstähle von 7 mm Durchmesser lagen in jeder zweiten horizontalen Fuge, während die Rundstähle über der



vom Verband insgesamt 122 Lohnkämpfe geführt, an denen 4946 Mitglieder beteiligt waren; im Jahre 1904 waren es 156 Kämpfe mit 6180 Beteiligten, im Jahre 1905 199 Kämpfe mit 8862 Beteiligten und 1906 292 Kämpfe mit 8514 beteiligten Mitgliedern.

Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge betrug im Jahre 1903 111, im Jahre 1904 vermehrten sie sich auf 163, im folgenden Jahre auf 219, im Jahre 1906 auf 356 und am Schlusse des ersten Halbjahres 1907 betrug ihre Zahl 331.

So hat sich aus dem schwachen Verbande der achtziger Jahre, der den gewerblichen Mißständen fast ohnmächtig gegenüberstand und der von den Zeitströmungen hin- und hergeworfen wurde, eine starke und machtvolle Organisation entwickelt, die auf die Verhältnisse im Zimmergewerbe einen großen Einfluß ausübt. Die uns in dieser Entwicklung entgegenstehende Arbeit ist umso höher zu veranschlagen, als gerade das Zimmergewerbe durch die technische Entwicklung des Bauwesens stark getroffen wurde und noch wird. Vor dieser Arbeit muß jeder Gewerkschafter Hochachtung empfinden, und nicht zuletzt die im Zentralverband der Maurer Deutschlands organisierten Maurer, die mit ihren Genossen vom Zimmerverband so manchen harten Kampfangen getan haben und noch zu tun haben werden.

### Ein merkwürdiges Urteil gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung.

Die in Geseffmünde herausgegebene „Arbeitgeber-Zeitung“ für das Baugewerbe veröffentlicht unter dem Titel: „Die Disziplin der Arbeitgeberverbände in der Rechtsprechung“ folgenden Vorrat:

Ein Maurermeister gehörte einem Arbeitgeberverband als Mitglied an, in dessen Statut der Generalversammlung das Recht bestanden war, in bestimmten Fällen eine allgemeine oder teilweise Kündigung der beschäftigten Arbeiter anzuordnen. Für den Fall, daß ein Mitglied der Anordnung nicht Folge leistet, ist die Verhängung von Konventionalstrafen vorgesehen. Als nun die organisierten Arbeiter mit einer Forderung auf den Plan traten, den Stundenlohn von 30 auf 35 zu erhöhen, beschloß die Generalversammlung, der Bewilligung eine Stundenlohn von 32½ zu erteilen, sonst aber die Forderung abzulehnen. Die Arbeiter bestanden aber darauf, daß ein Stundenlohn von 35 erteilt würde und legten die Arbeit nieder. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes verfolgten die Anordnung der Generalversammlung, bis auf den oben erwähnten Maurermeister samt und sonders. Letzterer beschäftigte ruhig seine Arbeiter weiter, er hatte ihnen den Stundenlohn von 35 erteilt und legten die Arbeit nieder. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes verfolgten die Anordnung der Generalversammlung, bis auf den oben erwähnten Maurermeister samt und sonders. Letzterer beschäftigte ruhig seine Arbeiter weiter, er hatte ihnen den Stundenlohn von 35 erteilt und legten die Arbeit nieder. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes verfolgten die Anordnung der Generalversammlung, bis auf den oben erwähnten Maurermeister samt und sonders. Letzterer beschäftigte ruhig seine Arbeiter weiter, er hatte ihnen den Stundenlohn von 35 erteilt und legten die Arbeit nieder.

Es kam zur Klage, die damit endete, daß das Landgericht den Maurermeister zur Zahlung der Konventionalstrafe verurteilte. Die Begründung des Urteils sieht ganz von dem erhöhten Stundenlohn ab, legt vielmehr das Hauptgewicht darauf, daß es sich darum gehandelt habe, einheitlich gegen die Forderungen der Gewerkschaften vorzugehen, damit

überhaupt der Zweck des Verbandes als einer Abwehrorganisation erreicht werden könne. Wenn der Maurermeister sich dem ordnungsgemäß gefaßten Beschlusse nicht unterwerfen wollte, dann müsse er auch die Konsequenzen tragen. Die Begründung legt auch kein Gewicht darauf, daß der Maurermeister wegen Entlassung nach acht Tagen eine Klage wegen Kontraktbruchs zu gewärtigen habe. Als Mitglied des Arbeitgeberverbandes habe er den Anordnungen desselben Folge zu leisten und im vorliegenden Falle bei der vierzehntägigen Kündigung den betreffenden Arbeitern eine Entschädigung leisten müssen. Es liege auch kein Grund vor, die Konventionalstrafe nach den Bestimmungen des § 143 B. G. B. herabzusetzen, da der Beklagte durch sein Verhalten die Gefährdung des Vorgehens gefördert und die Zwecke des Verbandes durchkreuzt habe. Es müsse ein Exempel statuiert werden, um derartige Fälle in Zukunft zu vermeiden zu können.

Die gegen das Landgerichtliche Urteil eingelegte Berufung wurde vom Oberlandesgericht zurückgewiesen. Die Begründung des oberlandesgerichtlichen Urteils geht davon aus, daß der Beklagte, wonach der Maurermeister gezwungen worden sei, zur Aussperrung zu greifen, durchaus nicht gegen die guten Sitten verstoße. An und für sich sei die plötzliche Kündigung von Arbeitern, mit denen vereinbarte Kündigungsfrist vereinbart sei, rechtswidrig, allein hier habe es sich um einen Fall gehandelt, in dem die Solidaritätssatzungen über dem geschriebenen Rechte stehen müsse. Außerdem sei auch nicht im geringsten bewiesen, daß er aus der Aussperrung der Arbeiter einen großen wirtschaftlichen Nachteil hätte ziehen können, und darauf komme es vor allem an. Es sei auch in Betracht zu ziehen, daß Streiks und Aussperrungen sowohl von der Rechtsprechung als auch nach dem allgemeinen Volksempfinden nicht als gegen die guten Sitten verstoßend erachtet würden.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ gibt nicht an, von welchen Gerichten diese Urteile gefällt sind, aber wir müssen wohl annehmen, daß es in Deutschland geschehen ist; daß etwa der ganze Bericht aus der Luft gegriffen ist, um die Mitglieder der Arbeitgeberverbände zur Disziplin zu erziehen, kann man doch nicht annehmen. Immerhin bleibt die Begründung des Urteils so eigenartig, daß wir es kaum fassen können, ein Gericht habe solche Sätze ausgesprochen oder niedergeschrieben. Wenn Arbeiter einen sanften Druck ausüben auf ihre Kollegen, die sich nicht so ohne weiteres einem Streik anschließen oder sonstigen Forderungen der Organisation folgen wollen, dann wird nicht gegen die guten Sitten verstoßen, ein Exempel statuiert, um derartige Fälle in Zukunft zu vermeiden, sondern gegen die Anreize und Förderer der Solidarität. Wenn es noch nie von Gerichten wegen der Solidarität über das geschriebene Recht gestellt worden. Dann heißt es gewöhnlich, die Arbeitsverhältnisse müssen energisch geschützt, die „Kontrollen“ durch schwere Strafen von der Forderung nach Solidarität abgeschnitten werden. Noch bei keiner Aktion der Arbeiter gegen die Unternehmer hat ein Gericht anerkannt, daß es notwendig und erforderlich sei, einheitlich gegen die Forderungen der Unternehmer vorzugehen, damit überhaupt der Zweck der Arbeiterverbände, ihren Angehörigen ein menschliches Dasein zu schaffen, erreicht werde. Das alles finden wir aber jetzt hier in der Urteilsbegründung in dem Urteil ausgesprochen. Merkwürdig, höchst merkwürdig!

Höchst merkwürdig ist es auch, mit welcher Leichtigkeit sich das Gericht über den Zwang zum Kontraktbruch hinwegsetzt. Vor einigen Jahren — es war im Aufrebeire — wurde ein Maurer zu 100 Geldstrafe verurteilt, weil er angeblich in einer Verammlung gelagt haben sollte: „Kollegen! Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Arbeit hinzuerfassen; ich fordere Sie dazu auf, auch diejenigen, die Kündigung haben. Wir wollen und können nicht länger warten.“

Das war nur ein Wappel, an die Solidarität, ohne jeden Druck, ohne Androhung von Konventionalstrafen oder sonstigen Hebeln. Und doch wurde gegen den Maurer Anklage erhoben, geführt wurden, während man in der Praxis die freitragende Wand auf die Wallenlage setzen und oben zwischen der nächsten Wallenlage einspannen würde. Warum sollte man günstige Faktoren, deren Anwendung absolut keine Schwierigkeiten verursachen, nicht zusammen wirken lassen, wenn die Umstände dies gestatten?

Nach komme nun zu der zweiten Prüfung, durch welche festgestellt werden sollte, wie sich die freitragenden Steinwände im Feuer verhalten. Es wurde ein Versuchsaufbau aus Kalksteinplatten in Kalkmörtel mit Zementgips errichtet. Die wogerechten Runden lagen in jeder Steinplatte abgedeckt und bestand aus zwei Räumen, die durch eine gepulste freitragende Steinwand voneinander getrennt waren. Im Versuchsaufbau befanden sich 6 cbm gepulstes Eisenpulver, das mit Petroleum überzogen und entzündet wurden. Das Feuer wurde durch Nachschütten von etwa 1 cbm Holz eine Stunde lang in voller Glut erhalten, dann wurde der volle Strahl des Hydramanten gegen die Wandfläche im Innern des Brandraumes gerichtet — endlich wurde die Flamme gelöscht. Der Versuch zeigte folgende Ergebnisse: Nach etwa 6 Minuten Brennen an beiden Enden abzugeben. Die innere der Glut besonders ausgefeigte gepulste Wand wurde rissig. Der Putz war schon nach wenigen Minuten abgefallen. Nach 25 Minuten Branddauer zeigte sich an der rechten Wand des Brandraumes ein durch Steinplatten und Zugen bis zum Dach verlaufender Riß und nach etwa 35 Minuten hatten auch in der linken und vorderen Wand des Brandraumes einzelne Steinplatten Risse bekommen. Beim Anspringen der heißen Wände blieben die Steinplatten unverändert; die Hitze hatte bis zu 1100 Grad Celsius erreicht. — Man darf derartige Wände also jedenfalls als feuerfest bezeichnen.

Wenn über großen Gassen, z. B. über Festflächen, Restaurations- und Geschäftstraßen, Turnhallen usw. eine größere Zahl von Räumen geringerer Ausdehnung angelegt werden sollen, gleichgültig welchem Zwecke dieselben

und das Gericht sprach aus, daß der Mann zu bestrafen sei. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Angeklagte zum Ungehorsam gegen das Gesetz aufgefordert habe, und daß es ganz gleich sei, ob sich dieser Ungehorsam gegen Straf- oder Zivilgesetze richte. In welcher schärferen Weise hat nun aber der „Arbeitgeberverband“ zum Ungehorsam gegen das Gesetz aufgefordert? Nicht nur aufgefordert dazu hat er, sondern er wollte seine Mitglieder durch Androhung einer erheblichen Strafe dazu zwingen. Und diesen Zwang erkennt das Gericht für richtig an, indem es sagt, die Solidarität (die sich in diesem Falle gegen die Arbeiter richtete) stehe höher als das geschriebene Gesetz. — Vielleicht ist nicht außer Betracht zu lassen, daß es sich hier um den Spruch einer Zivilkammer handelt, und daß die Herren in solchen Gerichtshöfen alle und immer so über das Vortrecht der Solidarität denken. Dann sollte man aber schmeicheln einmal mit der Befolgung der Gerichte wechseln: Fort mit den Strafrichtern in die Zivilkammern, damit sie dort die Bedeutung der Solidarität kennen und schätzen lernen, und hinein mit den Zivilrichtern in die Strafkammern, damit auch der Arbeiter, wenn er einmal, um die Solidarität zur Ehre zu bringen, mit dem geschriebenen Recht kollidiert, dort zu dem Recht kommt, das dem Unternehmerverband nach dem vorliegenden Urteil gesprochen worden ist.

Die Geseffmünder „Arbeitgeber-Zeitung“ nimmt der Entscheidung nachhaltig zu. Sie spricht aus, daß die Unternehmerorganisationen eines besonderen Vindemittels bedürfen, das neben dem allgemeinen Solidaritätsgefühl die Gewähr für ein geschlossenes und einheitliches Vorgehen gegen die unberechtigten Forderungen der Arbeiterorganisationen gibt. Ohne ein derartiges Vindemittel würde mancher Arbeitgeber in einer schwachen Stunde sich veranlassen sehen, schamlos zu werden und Verwirrung und Unordnung in die geschlossene Abwehrorganisation seiner Kollegen zu bringen. Das muß aber unter allen Umständen vermieden werden; daher kann man sich nur freuen, wenn die Rechtsprechung dazu beiträgt, daß die Konventionalstrafe in den Statuten der Arbeitgeberverbände erhalten bleiben könne.

Wir können vom Standpunkt des geltenden Rechts, so in den §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung gegeben ist, allerdings nicht mit dem Urteil einverstanden sein, weil wir es nach den Urteilen gegen die Arbeiter für gleichgültig halten müssen. Wie dem aber auch sei, das Urteil zeigt uns neue, daß die Rechtsbegriffe auch bei den Reuten außerordentlich schwankend sind, die berufen sind, im Namen des Gesetzes Recht zu sprechen.

### Politische Umschau.

\* Die Reichsfinanzreform. Bekanntlich gibt es für die innere Reichspolitik keine brennendere Frage, als die, wie die Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt in Einklang gebracht werden können; denn der Haushalt ist zur Zeit immer noch ein riesiges Problem. Die Lösung dieses Problems ist nun außerordentlich schwierig. Ohne neue Steuern geht es dabei auf keinen Fall ab. Aber was soll besteuert werden? Das ist die große Frage, die die leitenden Politiker so viel Kopfweiden macht. Die Parteien im Reich sind zu verschiedenen Ansichten über die Besteuerung gekommen und ihr Anhang, der zwar sehr schnell mit der Antwort bei der Hand: Verbrauchsgegenstände, Bedarfartikel der großen Masse! Also neue indirekte Steuern. Das kann die Reichsregierung aber nicht so ohne weiteres mitmachen; denn die ihr angeschlossenen Parteien haben so manchen heftigen Protest mit ihrer Volksfreundlichkeit geäußert, und da sie nun schon mit der Zustimmung zum Reichsvereinsgesetz wichtige politische Freiheiten preisgegeben haben, so fällt es ihnen doppelt schwer, nun auch noch in dieser rein materiellen Frage den Junkern und Zunkerseffern zu folgen. Denn wenn sie das tun, was würde sie dann noch von den Rechten unterscheiden? Waren nicht die Wirtschaftlichen beziehungsweise Steuerfragen das einzige Gebiet, auf dem die Freireiigen noch als halbwegs aufrichtig gelten konnten? Die Reichsregierung fordert der Liberalen von uns, geht auf direkte Reichsteuern, als da sind Erbschaftsteuer, Vermögens-

zu dienen haben, so entstehen immer größere technische Schwierigkeiten. Man ist entweder auf ganz leichte Scheidewände, Drahtputzwände, Gipsputzwände usw. angewiesen, die in vielen Fällen gar nicht in Betracht kommen können, oder man ist gezwungen, die Stein- oder Betonwände auf eiserne Träger zu setzen, die bei größeren Spannweiten durch eiserne Träger oder Säulen abgefangen werden müssen. Hier ist die Wahl einer freitragenden, von einer Tragwand zur anderen gespannten Steinwand am Platze. Eine derartige 88 cm starke freitragende Gipssteinwand von 18 m Spannweite lieferte die Magistral Berlin über der Turnhalle der Gemeindegewerkschaft, Driesenstraße 22, auszuführen.

Die ursprünglich für Scheidewände geschaffene Konstruktion wird heute von großen Berliner Baufirmen häufiger zur Ausführung freitragender Gipsblechwände angewendet. Als Beispiel nenne ich das von den Architekten Gremer & Wolfenstein in Berlin ausgeführte neue Gipsblechgebäude von Julius Bartsch, Andreasstraße 71/72, und die Gipsblechwand im Maschinenraum für Gasmotoren in der Markthalle 10 in Berlin am Brunnensplatz. Bei den Gipsblechwänden sind ja alle günstigen Vorbedingungen für die Anwendung freitragender Steinwände vorhanden; denn die Frontwände der Straßen- und Hofseite werden stets als starke tragende Wände konstruiert, so daß man zwischen ihnen die Gipsblechwände, eventuell unter Anwendung starker Runden, aufhängen kann.

Derartige Konstruktionen dürfen als ein wesentlicher Fortschritt in der modernen Baukunst angesehen werden, und es ist klar, daß die Konstruktion aus sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall anzuwenden, wo man eine Befestigung der Walleinlage, Wurzeln, Gipsblech usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und kein Gipsblech besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Für und auf der Wand eine Stärke von 12 cm besaßen. Die Wand war zunächst unter eine Ziegelfestflächigkeit aufgestellt, die aber vier Wochen nach Herstellung der Versuchskonstruktion entfernt wurde, so daß die Wand tatsächlich freistehend zwischen den Pfeilern aufstand. Wie das mit vorliegende Original des amtlichen Prüfungsprotokolls ergibt, wurde die Senkung der Wand am Prüfungstage, etwa 24 Stunden nach Entfernung der Flächigkeit, an beiden Seiten der Tür gemessen; es ergab sich, daß die Senkung nur 2 bzw. 3 mm betrug; die Last würde also nicht von der Flächigkeit und dem darunter liegenden Erdreich, sondern von den Pfeilern getragen.

Vor der Belastungsprobe wurde das Erdreich unter der Wand etwa 2,50 m breit und 50 cm tief ausgehoben. Dann wurden mit Hilfe verschiedener zweidimensionaler Vorrichtungen die Lasten an Drahtseilen und eisernen Rahmen aufgehängt und die Senkungen wieder an beiden Seiten der Längsgeraden gemessen. Bei 1300 kg Belastung ergab sich eine Senkung von 3 mm, bei 3710 kg 9 mm und bei 5110 kg 13 mm Senkung. Nach Entlastung verringerte sich die Senkung auf 8 mm. Risse oder sonstige Verformungserscheinungen wurden nicht wahrgenommen.

Sehr interessant waren die Erschütterungsversuche. Erst nach einem starken Bombardement mit einer 50 kg schweren eisernen Kugel begann die Kugelhine die ersten Risse zu zeigen. Die Kugel war mittels eines Zaunes an den vorderen Quersäulen aufgehängt, der die beiden Pfeiler verband. Um die Schläge auf eine größere Fläche zu verteilen, wurde zwischen Kugel und Wand eine eiserne Bohle von 2,70 m Länge und 25 cm Breite aufgeschraubt, gegen welche nun die Kugel aus Entfernungen von 1 bis 2 m geschleudert wurde. 50 solcher Schläge mit der 50 kg schweren Kugel aus 1 und 1,50 m Entfernung hatten nur Fugenrisse zur Folge. Bei Fortsetzung des Bombardements aus 2 m Entfernung begannen jedoch die Steinplatten zu reißen. Nach Auslösung von 60 Schlägen aus dieser Entfernung zeigte sich die Wand. Diese Erschütterungsversuche waren aber infolgedessen recht ungünstig, als sie gegen die freistehende Wand aus-



teuer wiss. Ihre Forderungen gehen also mit denen der Sozialdemokratie in gleicher Richtung. Aber von diesen Steuern wollen die Junker nichts wissen, weil sie dann schließlich selbst in den Beutel greifen müßten, und nichts lassen sie mehr als das. Wie also die Reichsfinanzreform zu Stande bringen, wo die Ansichten der Sozialisten so verschiedenartig sind? Soll die Regierung nun doch das so brüsk abgehandelte Zentrum zu Hilfe rufen? Es ist sicher, daß das Zentrum, wenn es die Regierungspartei wäre, auch die von der Regierung geforderten neuen Verbrauchssteuern mit den Junkern zusammen bewilligen würde. Ob es das aber unter diesen Umständen tun wird, das ist sehr fraglich; jedenfalls würde es seine nicht allzu bescheidenen Bedingungen stellen und sich den Verzicht der Volksinteressen auf anderen Gebieten gut bezahlen lassen.

So ist die gegenwärtige Lage in der inneren Politik. Durch ihre Hintermänner läßt sich die Regierung so unter der Hand nach drei Preise erkundigen, den das Zentrum für seine Zustimmung zum nächsten Budget auf die Taschen des Volkes fordert und bereitet dadurch die Stimmung für den Wiedereintritt des Zentrums in die Regierungssphäre vor. Inzwischen ist der Reichstag der Steuerpläne der Regierung beizugehen. So wie das im vorigen Jahre in Norderny geschah, als es sich um andere Vorlagen handelte, so auch jetzt wieder. Wie die Bloßpresse zu berichten weiß, ist vom Reichshofamt eine Denkschrift ausgearbeitet worden, die die Grundzüge der Reichsfinanzreform darlegt und eine Berechnung der neuen Bedürfnisse des Reiches aufstellt. Diese Denkschrift soll verschiedenen innerhalb der Parteien maßgebenden Parlamentariern ausgestellt werden, selbstverständlich streng vertraulich, und soll die Grundlage für die Nordernyer Konferenzen abgeben, für die die Einladungen bereits ergangen sind. Begleitet mit diesen Einladungen sind von Bülow natürlich nur die führenden „Geister“ der Sozialisten, die ja bei dem vorjährigen Handelskongress zum Reichsvereinsgesetz bereits ihre hervorragenden Talente im Volkswort erweisen haben. So wird auch diesmal bei dem für das deutsche Volk so eminent wichtigen gesellschaftlichen Wert der Reichsfinanzreform das Parlament vollkommen ausgeschaltet werden. Die kommenden Denkschriften im Reichstag werden nicht weiter sein als Blendwerk, aufgeführt, um den dummen Michel über die staatsrechtlichen Verhältnisse seiner Erwählten hinwegzuführen. Die eigentlichen Abmachungen sind vorher schon in Norderny bei Wein und Braten getroffen worden. Die von der Reichsregierung geforderten neuen Steuern sollen angeblich die Summe von 300 Millionen Mark ausmachen. Diese Summe würde sich aber noch erhöhen, wenn der Ertrag aus den Reichssteuern in den übrigen Quartalen in der gleichen Weise nach dem Etatloß zurückbleibt, wie im ersten Quartal des neuen Rechnungsjahres, wo bekanntlich ein Defizit von 60 Millionen zu verzeichnen ist. So berichtet wenigstens die Bloßpresse. Bei dem jetzigen Stand der Reichsfinanzen, selbst abgesehen von dem gegen den Voranschlag für 1908 zu erwartenden 200 Millionen-Defizit, ist aber gar nicht daran zu denken, daß 300 Millionen Mittel genügen könnten. Wäre diese Zahl richtig, würde dies nur bedeuten, daß die alte Schuldenwirtschaft auch nach der Sozialistischen Reform noch weitergeführt werden soll. Offenbar wird die niedrige Summe aber nur genannt, um die Erregung im Volke nicht frühzeitig zu entfachen, damit das Nordernyer Schachergeschäft friedlich zu Ende geführt werden kann.

Der Außenhandel soll am 15. August beginnen. Nach der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ haben nicht nur Parlamentarier, sondern auch Journalisten Einladungen nach Norderny erhalten, „wobei Rücksicht auf die bevorstehenden parlamentarischen Arbeiten“ nicht Bülow schickt also gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: er korumpiert nicht nur die Abgeordneten, sondern auch gleichzeitig die Bloßpresse — soweit dies in höherem Maße als bisher überhaupt noch möglich ist.

Es ist zwar etwas früh, aber doch zweifellos wir einstellen noch daran, daß sich der Freisinn von Bülow einlangen läßt. So, wenn er einen, wenn auch nur parteipolitischen, Vorteil darin sehen könnte, sich zu prostituieren, so würden wir seinen Augenblick zweifeln, daß er mit beiden Händen danach greifen würde; aber so ist es doch klar wie ein Sonntag, daß über kurz oder lang das Zentrum wieder im Sattel sitzt, während der Freisinn unter dem schadenfrohen Gelächter der Junker hinausgeworfen sein wird. Daran ist unseres Erachtens gar nicht zu zweifeln. Also folgt sich der Freisinn, so tut er es ganz umsonst. Er wird aber vielleicht sagen, daß er es tun möchte, um das Zentrum nicht wieder einflußreich werden zu lassen. Das würde seiner bisherigen Haltung entsprechen, von der er erwartete, daß sie die Regierung zu Zugeständnissen geneigt machen würde. Diese Taktik hat bisher schon Schiffbruch gelitten, so daß er sie kaum weiter befolgen kann, ohne sich lächerlich zu machen.

**Der Fall Schilling.** In Nr. 18 besprach der „Grundstein“ ein Buch, das der Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens gewidmet war. Das Buch erschien im Verlage der „Gilde“ und unter dem Pseudonym: Bürgermeister A. B. Der Verfasser ist der Bürgermeister Schilling in Gufum, einer schleswigholsteiner Stadt. Dieser Mann hat bei der letzten Reichstagswahl für die freisinnige Volkspartei kandidiert; er hat in mehreren Artikeln zum Reichsvereinsgesetz, zur Landtagswahl in Preußen und bei anderen Gelegenheiten offen und aufrecht im Sinne eines ehrlichen Liberalismus das Wort ergriffen und hat dabei selbstverständlich den Krebsbissen des heutigen Regierungssystems, die unüberfüllte Unterherrschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, beim rechten Namen nennen müssen. Natürlich konnte der Regierungsapparat das nicht ungedrungen hingehen lassen; denn ein Bürgermeister, ein Beamter, der der Disziplinargewalt des Preussenscheits untersteht — darf der überhaupt eine eigene Meinung haben? Wenn schon, so doch nur eine, die sich nicht von der konservativen Schablone entfernt. Aber eine liberale Meinung, und nun gar eine, die sich vom landläufigen weichtunlichen Liberalismus so entschieden abhebt? Nimmermehr! Und so ging denn die Regierung daran, dem Bürgermeister Schilling den Mund zu stopfen, und zwar durch ein Disziplinarverfahren zum Zwecke der Amtsent-

setzung, wie man die trockene Gießothne in Preußen nennt. Die Geschichte ist der Regierung schließlich etwas peinlich geworden; denn die Maßregelung eines Bürgermeisters ist doch schon etwas auffälliger als die Maßregelung eines Lehrers, von der man bald alle Woche hört. Das unangenehme aber ist, daß es sich um einen Angehörigen der Bloßpartei handelt, um einen Mann, der eigentlich jetzt zu den Säulen der Regierung gehört, und darum ist es möglich, daß man die Geschichte im Sande bestreuen läßt, um den Skandal nicht zu arg werden zu lassen. Zur Entschädigung holt sich die herrschende Clique ein paar andere Opfer, deren Abschichtung weniger lärm macht. Doch wie der Fall Schilling auch enden mag, ein wichtiger Beitrag zur Zeitgeschichte bleibt er doch, und es ist darum schon, daß der Bruder des Gemaßregelten, der Professor Dr. W. Schilling in Marburg, das ganze Anlagematerial in einer kleinen Broschüre herausgegeben hat, die kürzlich im Buchverlag der „Gilde“ erschienen ist. (Siehe unter „Eingegangene Schriften“ in dieser Nummer.) Dadurch ist die abgemachte Verfolgungswut des preussischen Systems einmal dokumentarisch belegt worden und man kann die Leute, die sich bei jeder Gelegenheit über unseren „Terrorismus“ entsetzen, gut damit zu Hause bringen.

**Kriegervereine und Arbeiterbewegung.** Unsere Notiz in Nr. 32 des „Grundstein“ über dies Thema wird noch folgendes ergänzen:

Der Kriegerbund deutscher Landes-Kriegerverbände hat für seine leitende nicht politische Tätigkeit folgende Zeitfrage aufgestellt:

Die Kriegerverbände und Kriegervereine haben, soweit es die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten gestattet, die nachstehenden Grundzüge zur Durchführung zu bringen:

1. In den Verbänden und Vereinsversammlungen sind die Kameraden über die Sozialdemokratie aufzuklären und bei geeigneter Gelegenheit, an die Befähigung ihrer Pflicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erinnern.

2. Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei unterstützen.

3. Die beruflichen Interessen der Kameraden, die Arbeiter sind, außerhalb der Verbände und Vereinsaktivität durch geeignete Kameraden untüchtig zu fördern, insbesondere durch solche, die als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder in anderer Eigenschaft dem gewerblichen und industriellen Leben nachsehen.

Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die schon immer Aufgabe der Kriegervereine war, gefügt sich also jetzt auch die der Gewerkschaften, angeblich, weil sie sozialdemokratische Organisationen sind. Sonstlich genau brauchen die Leute es ja nicht zu nehmen. Der Sozialdemokratie hat diese Kampfabarbeit der Kriegervereine bisher nicht gefehlt. Und das wird auch bei den Gewerkschaften der Fall sein. Wo noch eigenes Denken im Hirn der Kriegervereiner Platz findet, da werden sie um so leichter einnicken, daß für Arbeiter kein Platz in den Kriegervereinen ist.

**Aus dem Rande des Elends.** Das russische „Bulletin“ schreibt: Die Arbeitslosigkeit in Rußland nimmt immer größere Dimensionen an und droht in Verbindung mit der bevorstehenden Hungersnot in 18 Gouvernements zu einer ersten Gefahr für das ganze Land zu werden. Fast alle Industriegegende sind von ihr ergriffen, besonders schlimm aber sind die Verhältnisse auf dem flachen Lande; wo dank der Krisis der Bauernwirtschaft die Zahl der Wanderarbeiter ungeheurer Dimensionen angenommen hat und die Arbeitslosen rasch zunehmen. In den Kreisstädten und auf den Bahnstationen Elend und Hunger, alle Städte an der Wolga sind mit Arbeitslosen überfüllt, und täglich treffen neue Trupps hungernder Bauern aus den Dörfern ein. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist hierbei so gering, daß bloß 10—15 pSt. Arbeit finden. Die übrigen sieben, nachdem alle Mittel erschöpft sind, in endlosen Trupps in die Heimat zurück und ihnen entgegen ergießen sich neue Ströme Arbeitsloser, die von der Not aufgeschwemmt, hinausziehen um Brot und Arbeit zu finden. Die Güterbesitzer und Plantagenbesitzer triumphierten: noch niemals war das Angebot an Arbeitskräften so groß, der Arbeitslohn so niedrig, wie jetzt. In den Kreisen Tschernyschew und Tschiryschew (Gouv. Simbirsk), wo sich die Kaufmann von Tschernyschew und Graf Sawodnow befinden, wird einem erwachsenen Arbeiter pro Tag 25 Kop. und einer Arbeiterin 15 Kop. gezahlt. In den übrigen Kreisen dieses Gouvernements wird durchschnittlich 30—35 Kop. im Gouv. Koboleff 20 Kop., im Gouv. Werschanin 40—45 Kop. bei eigener Befähigung gezahlt. Noch schlimmer sind die Verhältnisse auf den Zuckerfabriken im Gouv. Tschiryschew, wo die Arbeiter bei 17—18pSt. Arbeitslohn durchschnittlich 20 Kop. pro Tag erhalten. Dieselben Löhne werden im Kreise Kamenost gezahlt. In den Kreisen Simbirsk und Tschiryschew erhalten die Arbeiter bei einer Arbeitsdauer von 18—19 Stunden bei eigener Befähigung 15 Kop. pro Tag. Im Kreise Tschiryschew erhalten Arbeiterinnen auf den Rübenplantagen 10 Kop. pro Tag. Nicht besser sind die Lohnverhältnisse im Gouv. Tschiryschew. Es kommt häufig vor, daß die Arbeiter sich ohne welchen Lohn, bloß für Befähigung auf den Gütern oder bei Großbauern verbinden.

Die allgemeine Regel ist, daß die Löhne der Landarbeiter, die in den letzten Jahren dank der Arbeiterbewegung und den Streiks bedeutend gestiegen waren, in diesem Jahre um 40—60 pSt. gesunken sind. Sie sind jetzt niedriger als selbst zu Ende der 90er Jahre (nach der großen Hungersnot, obwohl die Lebensmittelpreise inzwischen um 25—35 pSt. gestiegen sind).

Die Ausbeuten, die sich hieraus für die nächste Zukunft ergeben, sind ungemessentlich trübsal. Schon jetzt grassiert in den Dörfern und auf den Sammelplätzen der Wanderarbeiter der Hungerstich und Elend, und wiederum nimmt die Cholera ihren Zug durch das hungernde Rußland auf. Von Wladimir und Jaroslavl kommend überzieht sie die Wolga hinauf und findet in den von hungernden Arbeitslosen überfüllten Wolgastädten einen besonders fruchtbaren Boden.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Masseregungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

##### Hansastädte:

Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

##### Schleswig-Holstein:

Rendsburg (Sperren über das Rader Koks- und Stahl- und Walzwerk und die Karlschütte), Quickborn (Streik);

##### Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), Sülze (Sperre über Holdorf), Ahrensborg a. Fischland (Sperre über Helms);

##### Brandenburg:

Wittstock a. d. D. (Streik), Neu-Buch (Sperre über Ehrlich), Königs-Wusterhausen (Sperre über den Schulbau in Zernsdorf), Fürstenwalde (Sperre über Pätz), Potsdam (Sperre über Helbig, Ecke Wilhelmsplatz);

##### Ost- und Westpreussen:

Hammerstein (Sperren über Kofahl und Karge), Osterode (Sperre über Tessmanns Möhrungen), Rastenburg (Differenzen), Fr. Stargard (Differenzen);

##### Schlesien:

Märzdorf (Sperre über Scheundel in Grebelwitz), Festsberg (Sperre über Steinbach aus Steglitz), Hunsfeld-Rosenthal (Sperre über Vetter aus Weide);

##### Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbraten, Bernat & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Mückern K. Edlich, Hühnerbeimerstrasse), Leutzsch (Sperre über die Eisengießerei E. Becker & Co.), Kantschleberg (Sperren über David Ladley und L. Loos), Sauerndorf bei Zwickau (Sperre über Berger aus Schönheide), Mülsen (Sperren über Ferd. Döhn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmannsdorf);

##### Provinz Sachsen und Anhalt:

Gracau b. Magdeburg (Sperre über Weingart), Staßfurt (Streik), Kenschberg (Sperre über Bautzmann aus Lützen);

##### Thüringen:

Arnstadt (Sperre über Gressler), Ronneburg (Sperre über Kretschmar);

##### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Misburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), Münster, Westerstede u. Umgegend (Differenzen), Visselhövede (Differenzen), Nordenham (Sperre über die Bunten der Metallwerk-Aktien-Gesellschaft), Schöningh-Gismarode (Sperre über Telge), Grüssendorf (Sperre über Thiele aus Lehre), Wittingen (Differenzen);

##### Hessen:

Kittel (Sperre über Ackemann in Oberkirchen);

##### Westfalen und Rheinland:

Elberfeld-Barmen (Sperre über den Unternehmer Wipperfurth aus Gersheim und über die Arbeiter der Firma Diederich & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), Düsseldorf-Bonnath (Sperre über Zensen), Kaiserwerth (Sperre über die Bunten der Diakonissenanstalt), Castrop (Sperre über Vellener);

##### Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:

Karlsruhe (Sperre über Maag), Lahr (Sperre über Reinhard), Hasloch (Sperre über Steidel), Mühlhausen (Sperre über Trapp, Entwässerungskanal);

##### Bayern:

Flakirchen (Sperre über Sterzer), Bayreuth (Sperre über Hoffmann, Realschule);

#### Friesenleger:

##### Kiel (Differenzen).

##### Isolierer und Steinhölzleger:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), Mannheim-Ludwigshafen (Sperre über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik).

#### Schweiz:

Olten (Streik), Bern (Differenzen);

#### Oesterreich:

Hammern, Klado, Kralup, Ledec a. S., Triesch.

#### Gau Eöln.

Vom Zweigverein **Barmen-Elberfeld** wird berichtet: Im Wohnort mußte am 28. Juli der Unternehmer Wipperfurth aus Gersheim gesperrt werden, weil er den dort geltenden Arbeitsvertrag nicht anerkennen wollte. Es mußten 10 Stunden gearbeitet werden, statt 9½; bezahlten wollte er nach Leistung. Die sieben Maurer und sieben Hilfsarbeiter aus Barmen und Elberfeld wurden entlassen, weil die Firma glaubte, es würden sich Unorganisierte melden, was aber bis heute nicht geschehen ist. Nur blieben der Firma drei Maurer aus Gersheim, die, dazu wurden dann noch zwei Schlänger aus Gersheim als Maurer verwendet und zwar an Staatsbahnbauarbeiten. Es war bisher leider nicht möglich, die Gersheimer Arbeitswilligen von der Arbeit abzuhalten.



### Gau Danzig.

Trotz des Tarifs, der in Ostere 1. Apr. besteht, kam es dort am 23. Juli beim Unternehmer Roboll zur Arbeitsüberlegung. Dieser Herr hat Arbeiten von der Stadt erhalten, die er in Tagelohn ausführen läßt. Er war der Billigkeit und glaubte sich seinen vollen Meisterlohn dadurch zu erhalten, daß er einfach den Gesellen weniger Lohn gab. Der Tariflohn beträgt 44 3/4 die Stunde, 50 3/4 beim größten Teil der Maurer. Unterhandlungen mit Vertretern des Verbandes wies dieser Roboll kurzgehend mit dem Bemerkten zurück, daß er mit dem Verbande nichts zu tun habe. Wir hatten aber mit ihm zu tun, was er darauf gleich merken sollte. Sämtliche Kollegen legten sofort die Arbeit nieder und verlangten den Tariflohn. Nun sollte die Polizei nicht helfen. Doch die war für Herrn Robolls Willkür nicht empfänglich. Nur ein paar alte Meister leisteten ihm die erwünschte Hilfe und schimpften auf der Straße hinter uns her über die Ungehörigkeit und Unbotmäßigkeit der Maurer. Das mußte Herrn Roboll auch nichts. Die Kollegen blieben fest, und so sah er sich genötigt, den verlangten Lohn, und einigen Kollegen sogar noch mehr, zu zahlen. Seinen Lieblingsgedanken, einen Maurer kalten Blutes abzuschlagen, konnte er diesmal auch nicht zur Ausführung bringen. Schade darum; wir wären gerne dabei gewesen. Die Lohnforderung der Kollegen in Fr. Stargard ist durch einen Vertragsabschluß erledigt worden. Es wurde ein Vertrag bis zum 31. März 1910 abgeschlossen. Der Lohn, der bisher 40 3/4 betrug, erhöht sich sofort um 1 3/4 und beträgt vom 1. April 1908 an 42 3/4. Das Angebot wurde von 3 auf 5 3/4 erhöht und ist statt 5 km vom Mittelpunkt der Stadt, von 3 km an zu zahlen. Bei Landarbeiten, bei denen kein Unterfutzraum zu beschaffen ist, muß den Arbeitern das Fagelgeld täglich erstattet werden. Wenn diese Forderungen nun auch nicht zufriedenstellend sind, so war doch unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen, um so weniger, als die Kräfte in der gesamten Gegend auf die Bauarbeiterschaft in dieser Gegend lastet. Wegen fünf Stimmen stimmten die Kollegen in der Versammlung am 2. August diesen Abmachungen zu. Ihre Sache ist es nun, treu zur Organisation zu halten und für die Durchführung des Vertrages zu wirken.

### Gau Dortmund.

Aus Herne wird uns berichtet, daß über den Unternehmer Wellener in Castrop die Sperre verhängt worden ist. W. gehört dem Unternehmerverband an und glaubt, den Tarif nicht anerkennen zu brauchen. Die Differenzen mit dem Unternehmer W. H. H. in Buerfeld geschlichtet. W. hat sich verpflichtet, den Tarif anzuerkennen und sämtliche Arbeiter, die vor der Sperre bei ihm beschäftigt waren, wieder einzustellen.

### Gau Hannover.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Wie es scheint, sollen hier aus Differenzen mit Mitgliedern des Unternehmerverbandes gar nicht herauskommen. Der Maurermeister Telge aus Schapen, der schon einmal gesperrt werden mußte, führte einen Neubau an dem Schönhof in Giesmarode an und zahlte 38 3/4 Stundenlohn. Der dort übliche und von Braunschweiger Unternehmern gezahlte Lohn beträgt aber 55 3/4. Die Firma Telge, die mit aufgegeben war, ihr Angebot zu dem Bau abzugeben, konnte mit Telge nicht konstatieren. Hier hätte der Arbeitgeberverband die Pflicht, den Telge unter allen Umständen anzufassen, den üblichen Lohn zu zahlen, da er ja dadurch nur seine Bemühung zur Durchführung bräuge. Ein in der letzten Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes gefasster Beschluß, auf diesen Fall sicher zutreffen, lautet: „Jedes Mitglied eines dem Verbande angehörenden Arbeitgeberverbandes ist verpflichtet, bei Ausführung von Arbeiten im Gebiete eines anderen Arbeitgeberverbandes, bezüglich der dort angewendeten Löhne, die von jenem Verbande festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzufassen.“ Hieran setzt sich Herr Telge nicht, sondern er erklärte den Maurern: „Ich kann und will nicht mehr zahlen.“ Die Bauten des Telge sind deshalb gescheitert. Ein anderer Fall: Maurermeister Thiele aus Lege, Mitglied des Arbeitgeberverbandes, der schon bei einer Lohnbewegung vor zwei Jahren seine schärfste Waffe, die Sperre, benutzte, hat diese auch jetzt wieder zum Ausdruck gebracht. Herr Thiele führt Kolonialhäuser in Gröden an. Er ist bei jedem Hause 1. Etage und Keller um 1200. billiger als die Konkurrenz. Eine Bauteilkontrolle hat ergeben, daß bei den Bauten keine Bauteilkontrolle vorhanden war und daß auch keine Unfallversicherungsbescheinigungen ausgehändigt und durchgeführt wurden. Auch wird die tarifmäßige Arbeitszeit nicht eingehalten. Thiele läßt dort 11 Stunden arbeiten. Den Lohn für die elfte Stunde zieht er aber den Leuten ab, um angeblich davon Logisgeld zu bezahlen. Anstatt nun nach der Bauteilkontrolle Ordnung zu schaffen, greift Thiele zur Mahnregelung der organisierten Arbeiter. Die Maurer wurden der Reihe nach gefragt, wer im Verbande wäre. Trotzdem noch keiner den Mut gehabt hatte, sich zu bekennen, wurden zwei jüngere Kollegen von den sechs dort arbeitenden sofort entlassen. Auch über diese Verhältnisse ist die Sperre verhängt.

Offentlich wurde endlich die übrigen Kollegen von Lehre auf und schickten sich dem Verbande an. Aus diesen beiden Fällen kann man sehen, daß es den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes nicht ernst ist, ihren tariflichen Bestimmungen nachzukommen. Der Abt. 2 in § 2 über Zweck des Verbandes lautet: „Die Verfestigung und Aufrechterhaltung geistlicher Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.“ Abt. 3 lautet: „Die gerechte Bemessung der Arbeitslöhne, je nach den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen.“ Ein Unternehmerr in Gröden zahlt 50 3/4 die Stunde, Herr Thiele dagegen zahlt 35 3/4. 50 3/4 Stundenlohn ist nicht zu viel bei den teuren Lebensverhältnissen, wie sie in der Gegend herrschen. Wenn es heißt, die Arbeiter folgen ihren Führern durch die dünn. Sobald aber die Arbeiter berechtigten Wünsche haben, dann weisen die Herren Unternehmer auf ihre eigenen Beschlüsse und ihren eigenen Verband.

Aus Minden wird uns berichtet, daß der Unternehmer Ademann in Oberkirchen (Sohn des Rinteln-Schiffs)

Obendorf-Oberkirchen) nicht den tarifmäßigen Lohn zahlt. Ueber seine Bauten mußte die Sperre verhängt werden, nachdem die im Vertrage vorgesehenen Inskanzen bergschlich verhandelt hatten, Ademann zur Einhaltung des Tarifs zu bewegen.

### Gau München.

In Freising führt gegenwärtig ein Bandschutler Meister namens Steinberger einen Neubau auf. Kürzlich kam es ihm in den Sinn, den bisher bezahlten Lohn um 4 3/4 pro Stunde herabzusetzen. Dies ließen sich die Kollegen natürlich nicht gefallen; auch bei den Bauhilfsarbeitern bestanden Differenzen. Nach dreitägiger Sperre kam es zur Unterhandlung mit dem Bauvorstehenden Herrl. Herr Steinberger mußte sämtliche Forderungen der Maurer und Bauhilfsarbeiter bewilligen.

### Gau Mannheim.

Ueber die Vertragsverhandlungen in Ober-Waden wird uns aus Freiburg i. Br. geschrieben:

Die diesjährige Tarifbewegung geht allmählich ihrem Ende entgegen. Nur noch einige Reste von Widerstandigkeiten sind zu beseitigen. In diesen Resten gehören auch Freiburg und W. A. h. in der oberbayerischen Gegend. Die Ursachen, weshalb in beiden Orten trotz zahlreicher Verhandlungen bisher ein Abschluß des Vertrages nicht ermöglicht war, liegen lediglich bei den Unternehmern. Wenn man mit den Eigenschaften und Gewohnheiten zahlreicher oberbayerischer Bauunternehmer vertraut ist, wenn man ferner den diesjährigen Stand der Arbeitslosigkeit, besonders in Freiburg, kennt, so findet man allerdings eine Erklärung für das Verhalten der Unternehmerorganisation. Nirgend dürfte eine solche an Hochnichtigkeit grenzende Behandlung der Gewerkschaften vorkommen, nirgend eine ähnliche bis zur Nichtigkeit geführte Haarfalterei zu finden sein. Doch was man ernten wird man sehen, und wenn die Herren einmal das ernten müssen, was sie da gesät haben, so werden sie sicher keine allgütige Freude an den Früchten erleben. Obwohl die Freiburger Innung, nach eigener Mitteilung, wußte, daß sie mit dem Geldeausfluß einen Vertrag nicht abschließen konnte, hat sie diesem Mitte Dezember des vorigen Jahres doch das berühmte Berliner Vertragsmuster mit dem Erlauben lassen; der Allgott, der die Leitung des Zentralverbandes der Maurer übergeben. Die Innung bemerkte dabei, daß sie von dieser Stelle Absicht erwarbe. Also nicht geradeaus, sondern hinterher, auf einem Umwege, glaube die Innung mit der Organisation der Arbeiter in Verbindung treten zu müssen. Wie sich die Herren einen Vertragsabschluß unter solchen Umständen gedacht haben, ist ihr Geheimnis. Sie dachten anscheinend nicht, daß es die Selbsthaltung der Organisationsleitung der Maurer verbiete, eine derartige Zustimmung zu erteilen. Für denke den Weisheit ist klar: die Innung war bei diesem Vorgehen zweifellos schlecht beraten, und man darf der Versicherung eines Innungsmitgliedes gern glauben, daß der Vorliegende für solche Sachen nie Zeit habe. Erst am 2. April dieses Jahres, also nach dem Abschluß der ersten Berliner Verhandlungen, begann sich die Freiburger Innung darauf, daß sie Mitglied des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe ist und demzufolge auch offiziell mit der Leitung des Bauverbandes in Verbindung treten muß, wenn ein Vertrag zu Stande kommen soll. Am 15. April fanden die ersten Verhandlungen statt. Aber o Graus! Da hatten sich zwei Schwierigkeiten aufgeworfen. Die Vertreter der Arbeitgeberorganisationen stellten die Frage in den Vordergrund, ob die Freiburger Unternehmer überhaupt verhandlungsfähig sind bzw. sein wollen. Berechtigten Anlaß zu dieser Frage boten die jahrelang geübten Vertragsverletzungen, während der Vertragsdauer 1905 bis 1908. Die Ausfällung oder Maßregelung der organisierten Arbeiter, Maurer wie Hilfsarbeiter, war gang und gäbe. Besonders aber in der Lohnfrage trat klar zu Tage, daß sich die Unternehmer sehr wenig an die vertraglichen Bestimmungen halten wollten. Nicht genug damit, daß eine Reihe von Innungsmitgliedern mit den bei ihnen eintrudelnden Arbeitern häufig viel geringere als die vertraglichen Löhne durch Sonderabmachungen vereinbarte, sondern auch der Vorstehende des bayerischen Landesverbandes, Heppner, hielt ein derartiges Vorgehen für völlig in der Ordnung. Sieraus ist klar, wie wenig man das Vertrauen hinsichtlich einer gerechten Ueberwachung der Verträge auf die Spitze der Unternehmerorganisation ausdehnen kann und darf. So bedrückend ist in diesem Falle allerdings der zur Zeit außerordentlich minimale Einfluß des Landesverbandes in der Innung. Man darf bei dieser Gelegenheit der Innung wohl den Rat geben, sie möge bei ihren Zusammenkünften zeitweilig Vorträge entgegennehmen über die Auslegung der vertraglichen Bestimmungen sowie über die moralischen Pflichten, die dem einzelnen Vertragsunternehmer aus dem Vertrage erwachsen. Soviel sollte auch die Freiburger Innung nachgeben müssen, daß die früher geübten, die gegenseitigen Distanz- und Willkürrechte in die heutige Zeit nicht mehr hineinpassen. Man kann den Herren nachsehen, wie schwer es ihnen fällt, sich von jenen Zuständen zu trennen, wenn man den nachdrücklichen Ausruf des Herrn Heppner am Schluß einer Verhandlung hört: „Stid um Stid wird uns allmählich entrisen! Ja, Herr Heppner, so ist es und wir geloben, daß wir sorgen, daß sich dieser Prozeß beschleunigt. Wir wollen nicht mehr das frühere unterwürfige Geduldssein, sondern ein neues, tieferes, auf Gerechtigkeit beruhendes Vertrauen herbeiführen. Und wenn die Herren die Auffassung in diesem Sinne als Verbeugung bezeichnen, so darf wohl mit Zug und Recht die Gegenfrage gestellt werden: Glauben die Unternehmer, es sei keine Vertragsverletzung, wenn, wie das in Freiburg üblich ist, der Maurer und Bauhilfsarbeiter für unternehmerrliche Schabergangen an Baustoffen, Maschinen, Werkzeugen usw. ganz namhafte Beträge von dem fargen Arbeitslohn abgezogen werden? Ist es keine Verletzung des Vertrages, wenn auf das schamlose Kreichen einiger dem Gewerbe fernstehender Demagogen hin braven, ehrlichen Arbeitern monatlang unter allerlei leeren Ausreden Beschäftigung vorenthalten wird? Ist es ferner keine Verletzung, wenn entgegen den vertraglichen Bestimmungen Sonderabmachungen über die Lohnhöhe getroffen werden? Wenn, wie es häufig geschieht, ist, unter Ausnutzung der schlechten Arbeitslage,

heißt die Arbeiter vor ihrer Einstellung auf dem Baubureau unterschreiben müssen, daß sie statt 50 nur 47, 46, 45 3/4 und noch weniger Stundenlohn erhalten? Wirt es nicht gerade absonderlich, wenn Maurer, die dazumal anderwärts 58 3/4 Stundenlohn erhielten vom Freiburger Innungsmitglieden mit 40 3/4 entlohnt werden und der Organisationsleitung mit den diesbezüglichen Vorhalt brüht erklärt wird, man möge beim Gewerbegericht klagen? Es bedarf wahrhaftig keiner weiteren Beweise mehr für die verheerende und verhängnisvolle Tätigkeit der Freiburger Bauunternehmer. Dennoch sei aus darauf verwiesen, wie abstoßend die Verhandlungen selbst wirken mußten. Jedes dritte Wort der Unternehmung war: Die Innung hat so oder so beschloffen, davon können wir nicht abweichen. Das war kein Verhandeln, sondern ein einfaches Diktieren. Zwischen durch mußte man mehrfach bemerken, daß der Verhandlungsleiter, Herr Heppner, gar nicht über die Beschlüsse und die Absichten der Innung informiert war. Ein Beweis dafür, daß er als Mitglied an den diesbezüglichen Entscheidungen der Innung gar nicht teilnahm, obwohl er doppelt interessiert war. Zur Stärkung seines Einflusses und zur Förderung der Verhandlungen trug das nicht bei. Bei der Frage nach Bildung eines lokalen Schiedsgerichtes blieben die Herren eine Weile, die zum Schluß die Arbeitgeberorganisationen herausforderte. Bei der Verhandlung am 13. Mai hatte Herr Heppner den Auftrag übernommen, zwecks Bildung eines gemeinsamen Schiedsgerichtes für Freiburg und W. A. h. eine Verhandlung zwischen den beiden Innungen herbeizuführen. Bis Anfang Juli war es Herrn Heppner noch nicht eingefallen, der Leitung der Arbeitgeberorganisationen Mitteilung zu machen, ob und wie er seinen Auftrag ausgeführt habe. Ob in dieser Richtung überhaupt etwas unternommen wurde, „Dennoch“ ging Herr Heppner am 28. Juni dieses Jahres nach Berlin zur nachmaligen Verhandlung, um sich wiederholt sagen zu lassen, daß die örtlichen Differenzen durch ein örtliches Schiedsgericht beseitigt werden müßten. Er gebrauchte dabei die Ausrede, die Meinungsverschiedenheit bezüglich der Lohnfrage habe ihn zu diesem Vorgehen veranlaßt. Demgegenüber ist festzustellen, daß von den Arbeitgebervertretern in der Verhandlung am 13. Mai ausdrücklich erklärt wurde, die übrigen Differenzpunkte können bis zum Eintreffen der Antwort des Unparteiischen über die Lohnfrage sehr wohl durch ein örtliches Schiedsgericht zu Ende geführt werden. Ein solches Treiben müde, schließlich die Arbeiterchaft in die Öffentlichkeit. Eine imposante öffentliche Versammlung am 5. Juli stellte einmal fest, inwiefern man der Arbeiterchaft in Absicht und Form gerecht geworden war und erhob scharfen Protest gegen ein derartiges Gebahren. Am folgenden Tage schon (wohl unter dem Eindruck der Versammlung) teilte die Innung mit, daß der Gewerbegerichtsvorsteher, Dr. Thoma als Vorsitzender des lokalen Schiedsgerichtes ihrerseits nicht akzeptiert werde, sondern daß sie den Bürgermeister Dr. Nibel oder den Hofschultheißmeister Wea, Handwerkskammerpräsident und bayerisches Herrenhausmitglied, in Vorschlag bringe. Die Organisationsleitung antwortete der Innung auftragsgemäß, daß für die Arbeiterchaft keinerlei Veranlassung vorliege, von dem Vorschlage, betreffend den Bürgermeister Dr. Thoma, abzugehen. Die Innung dagegen beharrte auf ihrem Vorschlage. Damit war die Sache erneut auf das tote Geleis gefahren. Auf eine Anregung des Bauvorstandes der Maurer in Mannheim erklärte Herr Heppner sich zu neuen Verhandlungen ohne Schiedsgericht bereit. Am 29. Juli fanden denn auch solche statt. Interessant waren diese, insofern, als dort so eine Art Rebergericht über den Veranlasser der erwählten Versammlung abgehalten werden sollte. Die Herren Innungsmeister führten sich durch das Vorgehen der Arbeiterchaft beleidigt und in der Öffentlichkeit herabgesetzt, sie verlangten eine diesbezügliche Erklärung. Die Erklärung wurde den Herren zu teil, allerdings nicht in dem gewünschten Sinne. Von den Unternehmern wurde zugesagt, daß Herr Heppner in formeller Hinsicht schuldig zu sprechen sei. Dennoch konnte sich der Herr zu der Aeußerung aufschwingen, daß der Bildungsgrad der Unternehmer es ihnen verbiete, auf die erfolgte Erklärung zu antworten. Ob Herr Heppner nach vorstehender Darstellung zu diesem Anspruch berechtigt war, überlassen wir ganz dem Urteil anderer. Außerdem erklären wir uns aber bereit, bei passender Gelegenheit der Öffentlichkeit einige Proben von dem Bildungsgrad einer Anzahl Freiburger Bauunternehmer zu geben und hoffen, Herrn Heppner damit einen Gefallen zu erweisen. Auf der anderen Seite ist die Behauptung kein Wagnis, daß die, die Herr Heppner mit seiner Aeußerung treffen wollte, ihn und seinen Vorstandskollegen an Bildung wahrhaftig nicht nachsehen. Zum Beweise dafür sofort eine kleine Probe: Es war Ihnen doch wohl bekannt, Herr Heppner, daß am 1. August dieses Jahres, vormittags 9 Uhr, in W. A. h. in Ihrem Weisem Vertragsverhandlungen stattfanden sollten? Sie sollen Ihre Teilnahme zugesichert haben. Können Sie es mit Ihrem Bildungsgrad vereinbaren, daß Sie zu den angefangenen Verhandlungen einfach nicht erschienen? Es ist wahrhaftig nicht schön, daß man die Gau- und Bezirksleiter der Arbeitgeberorganisationen zu der bestimmten Zeit in W. A. h. warten läßt und nicht einmal eine Entschuldigung für das Fehlen versucht. Was würden Sie, Herr Heppner, wohl sagen, wenn die ungebildeten Arbeitervertreter derart verfahren würden? Was würden Sie ferner sagen, wenn man Sie logischerweise für die dort entstandenen Unkosten haftbar machen würde? Ganz abgesehen davon, daß durch Ihr Verschulden die Sache auch in W. A. h. nochmals verzögert worden ist. Sie sehen also, Herr Heppner, solche Ausfälle soll man nicht machen, denn bei der ersten Gelegenheit kann man sehr leicht selbst unter die Räder kommen. Fast man die ganze Darstellung zusammen, so muß jeder gerecht denkende Mensch zu der Auffassung kommen, daß nicht die Arbeitgeberorganisationen oder deren Leiter daran schuld sind, daß der Tarifvertrag in diesem Landestheil nicht rechtig abgeschlossen wurde, sondern daß die Unternehmer, vornehmlich ihre Spitze, einzig und allein die Schuld daran. Es liegt ferner fest, daß die Tätigkeit der Organisationsleiter die Arbeiterchaft keineswegs verheißt, sondern daß die Unternehmer durch ihre Maßnahmen und ihr Verhalten eine Verheerung herbeiführen, die sich mitunter zur lebensgefährlichen Erregung steigern muß. Es kann aber auch nach dem Gesagten kein Zweifel mehr



bestehen, daß die diesmalige Tarifbewegung den Arbeiterorganisationen bezogen. Die Bauarbeiter allerorts unerwartete Dienste geleistet hat. Für die Maurer und Bauarbeiter des oberbayerischen Bezirkes sind das deutliche Fingerzeige, wohin sie gehören. Ihre einzige Sorge muß die Ausbreitung der Organisation sein, damit bei der kommenden Abrechnung die Bilanz nicht zu Ungunsten der Arbeiterschaft ausfällt.

### Gau Nürnberg.

Die Unternehmer in Schweinfurt haben doch noch einmal versucht, Schwierigkeiten zu machen. Sie wichen von ihrem früheren Angebot, 44  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn bezahlen zu wollen, ab und boten 35 bis 37  $\frac{1}{2}$ , worauf die Kollegen natürlich nicht eingingen konnten. Es kam zu sehr heftigen Auseinandersetzungen, wobei den Unternehmern durch ihre früheren an uns gerichteten Schreiben nachgewiesen wurde, daß sie im Unrecht sind. In dieser Aufregung ging man nach dreiwöchiger Unterhandlung auseinander. Bevor jedoch aus neuen Sperren verhängt wurden, hielten die Unternehmer am gleichen Tage nochmals eine Versammlung ab und beschloßen, den Streikspruch in vollem Umfang anzuerkennen. Am 4. August wurde der Vertrag abgeschlossen, der für Maurer und Zimmerer 46  $\frac{1}{2}$  und für Hilfsarbeiter 35 bzw. 37  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn vorsieht. Auch bezüglich der Ueberlandarbeit in dergl. wurden Verbesserungen erreicht. Nun ist die seit sieben Monaten andauernde Lohnbewegung zu Ende.

### Fliesenleger.

**Tarifruck der Arbeitgeber in Kiel.** Obwohl die vereinigten Firmen der Fliesenleger in Kiel mit der Forderung der Arbeitgeber einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, glauben die Herren Arbeitgeber doch, nachdem sie sich dem Arbeitgeberverband angeschlossen haben, die Löhne einfach nach ihrem Willen ändern zu können. Der alte Tarif hat noch bis zum nächsten Jahre Gültigkeit; aber in der letzten Woche des Monats Juli teilten die Inhaber der Fliesenwerke den Zweigvereinsvorstände mit, daß vom 1. August an nur noch nach dem Hamburger Tarif gearbeitet werde. Der Hamburger Tarif ist gegenüber dem Kieler für die Arbeiter viel ungünstiger. Eine solche tariffeindliche Handlung werden sich die Fliesenleger in Kiel nicht gefallen lassen. Bei den Firmen Jaspersen, Pippow & Grebe ist es bisher schon zur Arbeitseinstellung gekommen. Beide Firmen sind gesperrt. Der Zugang von Fliesenlegern nach Kiel ist streng ferngehalten.

Zu Kiel haben die Unternehmer im Fliesenwerke angeordnet, daß sie die Arbeitspreise reduzieren wollen. Es besteht dort zwar kein Kollektivvertrag, aber jeder einzelne Unternehmer hat sich schriftlich gebunden, die geltenden Arbeitsbedingungen bis zum Schluss dieses Jahres anzuerkennen. Nun ist es den Herren Fliesenlegern plötzlich eingeleuchtet, daß es für sie angenehm sein könnte, wenn sie ihre Verbindlichkeit gegen die Gesellen lösen. Die Kollegen sind damit natürlich keineswegs einverstanden. Die Firmen Jaspersen und Pippow & Grebe sind schon gesperrt.

Verichten der Tagespresse entnehmen wir, daß die Fliesenleger in Rheinland-Westfalen auf Grund eines Tarifvertrages die Arbeit wieder aufgenommen haben. Die Parteien einigen sich unter dem Vorbehalt des Beizugewinns in der Köln nach fließenden Verhandlungen. Nach dem Vertrag sind die Arbeitspreise in einzelnen Orten, besonders dort, wo sie am niedrigsten standen, erhöht worden. Dagegen haben die höchsten Preise in Elberfeld-Warmen eine Kürzung erfahren. Der Vertrag erstreckt sich über fast ganz Rheinland und Westfalen.

### Isolierer und Steinholzer.

**Celle.** Der Streik der Isolierer bei der Firma Gaade & Co. in Celle dauert unverändert fort. Bis heute hat sich die Firma noch nicht bereit erklärt, mit dem Celler Ortsvereinsvorstand zu verhandeln. Wohl hat sie durch ihre Filiale Berlin versucht, die Celler Kollegen finanziell zu unterstützen, indem sie ihnen den Vorschlag unterbreitete, den Lohnsatz bis Weihnachten zurückzustellen und die Kollegen nach Bedarf, mit Ausnahme der drei gemauerten und einiger anderer, wieder einzustellen. Ein solches Ansuchen wurde natürlich von den Celler Kollegen entworfen zurückgewiesen, die Firma müßte sich zu Unterhandlungen mit der Gewerkschaft setzen. Der Lohnkommission vertrieben, reichens war nach Weihnachten eine Erreichung beider Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr fraglich. Die nötige die Firma heute braucht, geht daraus hervor, daß sie einem Kollegen drohte, seinen auf der gleichen Fabrik beschäftigten 65 Jahre alten Vater (!) auf das Straßengäßchen zu setzen, wenn er (der Sohn) nicht auf Montage fähig. Hier sieht man das berühmte „warme Zeug“ der Besitzenden in Ueberlebensfragen. Der junge Arbeiter ist bereits abgereist. Wir hoffen, daß die Firma ihre Drohung ausführt. Jetzt hat die Firma ziemlich jedem Kollegen folgenden Brief geschickt:

„Es ist uns zu Ohren gekommen, daß an einige bei uns arbeitende Monteure vollständig unwahre Behauptungen gefaßt worden sind in bezug auf die Anzahl der Monteure, die noch für uns arbeiten. Es arbeiten die Mehrheit, noch 40 Mann, draußen für uns, gegen welche das Gerede derer, die nicht arbeiten, sehr klein ist. Täglich melden sich bei uns gute auswärtige Isolierer, die gern Stellung bei uns haben wollen, weil sie wissen, daß sie bei uns viel regelmäßiger Arbeit haben würden, als sie in ihren gegenwärtigen Stellen haben. Eine ganze Anzahl von denen, die bei uns aufgeführt haben, wollen wir nicht wieder beschäftigen aus verschiedenen Gründen, aber denen, die unserer Ansicht nur aus Unkenntnis sich haben bewegen lassen, mitzumachen, wollen wir nochmals Gelegenheit geben, wieder anzufangen. Wir können natürlich nicht sämtliche sofort wieder einstellen, weil wir durch den Streik eine Menge Aufträge haben fahren lassen müssen. Diejenigen aber, welche arbeiten wollen, mögen sich innerhalb der nächsten drei Tage bei uns im Kontor melden, und wollen wir versuchen, dieselben nach und nach, so rasch wir es können, wieder einzustellen.“

Aus alledem ist nur soviel mit Sicherheit zu erkennen, daß es der Firma darauf ankommt, um jeden Preis die Arbeiter irregulären und Streikbrecher zu erwerben. Die Arbeiter von Celle und Umgegend lassen sich aber durch

kapitalistische Wortathletik in der strengen Ausübung ihrer Solidaritätspflicht nicht irritieren.

Leider haben sich die in der Berliner Filiale beschäftigten Isolierer auf Grund obiger Manipulation bereit gefunden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Jedoch hoffen die Celler ganz bestimmt auf den Sieg und verharren einmütig auf ihrem Standpunkt.

### Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908.

#### Gau Mannheim.

(Waben, die Pfalz und Teile der Rheinprovinz und dem Großherzogtum Hessen.)

Wenn wir die Bautätigkeit an der Zahl der beschäftigten Maurer bemessen wollen und zum Vergleich dieselben drei heranziehen, in denen auch 1905 die Statistik aufgenommen wurde, so stellt sich das Zahlenverhältnis wie folgt: Es wurde 1905 in 65 der bedeutendsten Orte, eine Zählung, der Maurer vorgenommen und wurde dabei in diesen Orten 11 046 beschäftigte Maurer ermittelt. Ende Juli 1908 ergab die Zählung in denselben Orten nur 7716 beschäftigte Maurer, also 3330 weniger. Darin spiegelt sich ein Rückgang der Bautätigkeit von zirka 30 pZt. wieder. Besonders scharf tritt der Rückgang in den größeren Städten hervor.

Folgende Gegenüberstellung möge dieses bezeugen.

	1905	1908
Waben	273	60
Wettlin	149	37
Wiesbaden	223	79
Oppenheim	211	132
Wittlingen	109	26
Freiburg	131	96
Heidelberg	831	479
Heidelberg	608	408
Karlsruhe	1608	520
Landau	213	28
Mannheim-Ludwigshafen	1635	1081
Neustadt	125	69
Forstheim	658	511
Worms	161	102
Wasseln	211	138
Wienheim	195	136
St. Johann-Saarbrücken	940	566
Worms	258	139

Aus dieser Gegenüberstellung ist klar ersichtlich, in welcher Weise die Krise im Gau Mannheim wirkt. Besonders trübe sieht es immer noch im Bezirk Karlsruhe aus. In diesem Bezirk waren 1905 zusammen 2978 Maurer beschäftigt und jetzt nur 1235. Schlimm dabei ist, daß mehr als 3000 Maurer im Bezirk arbeitslos sind, wovon deshalb über die Hälfte zum Wandertat arbeiten mußte. Auffällig ist auch der Rückgang in Mannheim und Ludwigshafen. (Zur der angegebenen Zahl fehlen die in der Automobilfabrik beschäftigten.) Besonders in Mannheim herrscht seit zwei Jahren Wohnungsnot. Die Zahl der im November 1907 leerstehenden Wohnungen betrug nur 1,07 pZt. Die Mietpreise haben deshalb eine fast unerträgliche Höhe erreicht. (Die Steigerung seit drei Jahren beträgt: für eine Einzimmerwohnung 124 pZt., für eine Zweizimmerwohnung 185 pZt. und für eine Dreizimmerwohnung 28,9 pZt.) Im Baupreiseindex schloß es nicht, und trotzdem ist die gestiegene Bautätigkeit nicht gekommen. Auch das Saargebiet bringt diesmal einen starken Rückgang der beschäftigten Maurer. In den Saarstädten selbst (St. Johann-Saarbrücken, Walsdorf-Wurden) sind jetzt 374 Maurer weniger beschäftigt als 1905. Dasselbe trifft für viele Industrieorte des Saargebietes zu. Eine Ausnahme machen nur St. Ingbert, Wörlingen, Neunkirchen und St. Ingbert. In diesen Bezirken wird lebhafter als sonst gebaut. In den ländlichen Gebieten wird nur noch teilweise lebhaft gebaut. Entgültige Zahlen liegen jedoch hierüber noch nicht vor, weshalb wir im Jahresbericht darauf zurückkommen werden.

Die vorhandenen Bauten sind auch im Gau Mannheim zum großen Teil Staats- oder Gemeindebauten. Besonders zahlreich sind in Waben die Bahnhofsgebäude. Neue Bahnhöfe sind zur Zeit im Bau in Heidelberg, Durlach, Karlsruhe, Offenbach, Basel. In einer Anzahl Orte stehen Bahnhofsgebäude bevor. Auch an Kirchen- und Schulbauten fehlt es nicht. In Freiburg besteht die Bautätigkeit hauptsächlich aus dem Neubau des Stadtklosters und der Luisenkirche. Eine Belebung der Bautätigkeit dürfte 1908 kaum noch zu erwarten sein. Ein Urteil für das kommende Jahr anzugeben, ist heute noch nicht möglich.

Von Pforzheim liegt uns außerdem ein Bericht der dortigen Verwaltung vor, der wir hier folgen lassen. Nach einer im ganzen Vertragsgebiet in der ersten Juliwache aufgenommenen Statistik arbeiteten bei 35 Unternehmern auf 78 Bauten und 15 Umbauten und Reparaturen 549 Maurer. Von ihnen waren 38 unorganisiert, wovon 18 als „unverheiratet“ gerechnet werden können. Aus dem Karlsruher Bezirk zählten wir 172 Kollegen. Das Stadium, in der sich die Neubauten befanden, war folgendes: 9 in der Ausgrabung, 4 im Keller, 10 im 1. Stock, 8 im 2. Stock, 6 im 3. Stock, 12 im 4. Stock und 24 teils im Rohbau, teils im Zug fertig. Wir glaubten immer, in diesem Jahre eine bessere Konjunktur zu haben als 1907, wurden aber durch die große Zahl kleinerer Bauten getäuscht. Im Juli 1907 waren in der Stadt Pforzheim allein auf 62 Neubauten 564 Maurer beschäftigt, diesmal nur 485. Bemerkenswert ist noch, daß wir im vergangenen Jahre 183 Italiener zählten und jetzt etwa 40. Wir haben natürlich kein Verlangen danach, wegen vielerlei froh, wenn wir die von allen Himmelsrichtungen ankommenden deutschen Kollegen unterbringen könnten. Im zweiten Vierteljahr 1908 wurden an Bauten fertiggestellt: An Wohnbauten Gebäuden (mit 132 neuen Wohnungen): 28 Hauptgebäude, 12 Nebengebäude, 2 Ecktourenbauten und 7 kleine Veränderungen; an unterirdischen Gebäuden: 10 Neubauten und 3 Provisorien. Zum Abbruch gelangten drei Gebäude. Im zweiten Quartal sind 166 Baugelände eingereicht worden; davon sind 91 genehmigt und 20 abgewiesen worden. Wenn wir in Nr. 15 des „Grundstein“ sagten, daß auch in der Umgegend Rott gebaut würde, so können wir dies heute mit Zahlen bezeugen. Allein aus dem 32 Ortschaften umfassenen Amtsbezirk Pforzheim (also ohne Berücksichtigung der dort angrenzenden württembergischen Ortschaften) sind im ersten Halbjahr 1908 180 Baugelände eingelaufen. Davon sind 74 Wohnhausneubauten,

hierbei wieder 12 mit Scheuern und 116 sonstige größere Baugelände, wie Scheuern, Umbauten, Ställe usw. Von den eingereichten Baugeländen sind 30 noch nicht genehmigt.

### Gau Straßburg.

(Elsass-Lothringen und Teile der Rheinprovinz.)

Die Bautätigkeit im Gau Straßburg müßte als schlecht bezeichnet werden, wenn nicht eine ganze Reihe von städtischen und staatlichen Bauten aufgeführt würden. Eine Privatbautätigkeit ist fast gar nicht vorhanden. In den Hauptorten des Gaues liegen die Verhältnisse folgendermaßen. In Straßburg war im Frühjahr die Arbeitslosigkeit ziemlich groß. Privatbauten waren fast gar nicht vorhanden und die geplanten öffentlichen Bauten waren noch nicht in Angriff genommen. Dies geschah erst Ende Mai, wodurch die Arbeitslosigkeit dann ziemlich verschwand und sogar noch Kollegen von außerhalb Arbeit erhielten. Im Juni verschlechterten sich die Verhältnisse wieder dadurch etwas, daß die Staatsbauten im Rohbau fertig waren und ein großer Teil der Arbeiter entlassen werden mußte; für diese konnte auf anderen Bauten keine Arbeit beschafft werden. Erst als ein größerer Teil norddeutscher Kollegen abreiste, verschwand die entlassene Arbeitslosigkeit. Augenblicklich sind ungefähr 20 bis 30 Kollegen arbeitslos. Als bedeutende Bauten kommen in Betracht zwei große Staatsbauten (Ministerium und Kaserne), drei große städtische Bauten und fünf Industriebauten. Privatbauten werden ungefähr 20 aufgeführt; außerdem auch noch eine Anzahl An- und Umbauten. Die Ursache der mangelhaften Privatbautätigkeit kann lediglich auf den hohen Zinssatz der Baugelder zurückgeführt werden. Ein Wohnungsüberschuß ist nicht vorhanden, wie die letzte amtliche Statistik ergeben hat. Hauptächlich mangelt es an kleinen Wohnungen.

Ähnlich verhält es sich mit der Bautätigkeit in Mülhausen. Arbeitslose sind dort im allgemeinen nicht vorhanden, aber es werden wenigstens 200—300 Maurer weniger beschäftigt als in anderen Jahren. Im Frühjahr war die Arbeitslosigkeit ganz schlecht, wogegen sie sich jetzt wesentlich gebessert hat. Angeführt werden von der Stadt drei größere Bauten, außerdem hat sie mit der Ausführung von 12 Arbeiterwohnungen begonnen. Abgesehen derartige Arbeiterhäuser werden auch von der Straßburger Baugesellschaft aufgeführt. Dazu kommen noch drei Fabriks- und drei Geschäftsgelände. Die Ursache der kleinen Bautätigkeit ist hier neben der schwierigen Geldbeschaffung der schlechte Geschäftsgang im allgemeinen. Die großen Textilfabriken in Mülhausen sind alle nur mangelhaft beschäftigt. Die Arbeiter können nicht mehr voll beschäftigt werden und eine weitere Einschränkung der Betriebe soll bereits beschlossen sein. Dadurch werden viele Arbeiter von Mülhausen fortziehen müssen, worunter dann vor allen Dingen das Baugewerbe leiden muß.

Im Mai war die Bautätigkeit im Frühjahr im Vergleich zu früheren Jahren schlecht. Erst in den letzten Wochen ist eine kleine Besserung eingetreten, durch die Zuzugnahme einiger städtischer und staatlicher Bauten. Die Privatbautätigkeit ruht fast vollständig; es wird aber erwartet, daß im Spätsommer auch hier eine Besserung eintritt. Arbeitslosigkeit ist nicht vorhanden, aber gegen 1907 und 1906 dürften immerhin 400 bis 500 Maurer weniger beschäftigt sein. Die Hauptursache der schlechten Privatbautätigkeit sehen die Arbeiter darin, daß die Unternehmer wegen der bevorstehenden Lohnbewegung die Arbeit künstlich aufgeschoben hätten. Diese Meinung können wir allerdings nicht teilen, wir sind vielmehr der Meinung, daß auch hier die allgemeine Wirtschaftslage allein ihren Einfluß ausübt. Gleichermassen schlecht war es im Frühjahr in Colmar bestellt. Hier herrschte große Arbeitslosigkeit unter unseren Kollegen. Besonders waren es die Deutschen, da von den Unternehmern mit Vorliebe nur italienische Maurer angestellt wurden. Erst ganz spät, im Mai, machte sich ein kleiner Aufschwung bemerkbar. Dies ist aber auch nicht auf die Privatbautätigkeit zurückzuführen, sondern darauf, daß ein größerer Kasernebau angefangen wurde. Einige Privatbauten sind allerdings aufgezogen, trotzdem kann man die Bautätigkeit höchstens als mäßig bezeichnet.

Schlecht war die Arbeitslosigkeit auch im Wiesental. Hier herrscht überall große Arbeitslosigkeit. Wohl sind die deutschen Kollegen so ziemlich in Arbeit, aber Scharen von Italienern streifen Arbeit suchend umher. In der größten Stadt, in Bressan, werden drei Arbeiterwohnhäuser, ein Fabrikgebäude und zwei Privatbauten aufgeführt. Außerdem sind am Bahnhof noch 12 bis 15 Maurer beschäftigt; das ist die ganze Bautätigkeit. Im Wiesental blüht besonders die Textilindustrie, und hiervon wird berichtet, daß in fast allen Fabriken nur fünf Tage in der Woche gearbeitet wird und weitere Einschränkungen bevorstehen.

Von Trier lassen sich nähere Angaben nicht machen, nur soviel steht fest, daß die Bautätigkeit außerordentlich schlecht ist und daß der größte Teil der dortigen Kollegen außerhalb Arbeit suchen muß. Wenn die Arbeitslosigkeit in den großen Städten nicht größer wird, obwohl die Bautätigkeit überall ziemlich klein ist, so liegt dies daran, daß in Lande, in den kleineren Orten und Städten größere Staatsbauten aufgeführt werden, wobei viele auswärtige Kollegen, die sonst in den größeren Städten arbeiten, darunter auch viele Italiener, untergeschoben konnten. In Trier und Bressan wird eine große Landesirrenanstalt gebaut, in Trier eine Lungenheilanstalt von der Landesversicherung, in Bressan eine große Kaserne. Dann bieten mehrere Wohnbauten, Brücken usw. an verschiedenen Orten lebliche Arbeitsgelegenheit. Während, wie gesagt, diese Bauten nicht vorhanden sein, denn würde die Zahl der Arbeitslosen im Gau bedeutend größer sein.

### Gau Stuttgart.

(Württemberg, Hohenzollern und Teile von Baden.)

In diesem überwiegend ländlichen Gau, dem große Städte und Industrieorte den überragenden Bedeutung fehlen, war die Wirtschaftslage schon im vorigen Jahre nicht so gut, wie in den anderen Teilen des Reiches. Der Bevölkerungszuwachs ist hier nicht so groß, so daß das Baubedürfnis schon dadurch nicht allzu stark gefördert werden kann. Die Wirtschaftslage ist in den letzten Jahren ziemlich viel erneuert oder hergekehrt worden und damit ist den Bedürfnissen zunächst einmal genügt worden. Damit muß sich Schwaben abfinden, denn das Land hat keine Städte, trägt nicht Berge fließender. Aber wie es den jähren Aufstieg der Konjunktur nicht mitemachte, so verhielt es sich auch deren Sinken







**Berichtigung.** In der Schlussabrechnung der Ortsvereine der ehemaligen Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands sind zwei Fehler zu berichtigen. Der bei Freierwaldbe vermerkte Bestand am 31. Dezember 1907 von M. 18,35 hätte auch in den Spalten „Einnahme“ und „Ausgabe“ stehen müssen, da er in der Gesamtschuld enthalten ist. Bei Schönbach muß es in der ersten Spalte nicht M. 372,68, sondern M. 327,68 heißen. Die Gesamtsumme ist richtig.

### Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.**

**Antonienhütte.** Donnerstag, den 30. und Freitag, den 31. Juli, nahmen die Kollegen Mangel und Janacha in unserem Zweigverein die Statistik auf. Aus der statistischen Erhebung kann man erfahren, daß nicht mal ein Drittel der Kollegen in unserem Zweigvereinsgebiete der Organisation angehört, obwohl die Kollegen Krugot und Zimmermann täglich darin agitatorisch tätig waren. Diefen beiden Kollegen haben wir Mitglieder gar vieles zu verdanken; durch ihre Beihilfe haben wir eine starke Zunahme von Mitgliedern erhalten. Wir alle freuen uns jetzt über diese Leistung, die diese tapferen Kollegen zu stande brachten. Denn hier im oberösterreichischen Industriegebiete, wo große Schätze verborgen liegen, hier, wo wir Maurer unser Ziel sicher erlangen könnten, liegt ein schwarzer Schleier vor den Augen der Kollegen. Erwähnen wollen wir auch hier zwei vornehme Unternehmer, den Herrn Jäsch und den Herrn Pfot, in Wohlstand wohnhaft. Bei dem ersten arbeiten auf zwei Bauten zwei Gesellen, die noch nicht mal den vollen Stundenlohn erhalten, aber eine Masse Scherereien um sich haben, die noch im dritten Lebensjahre Steine schleppen und Stall mischen müssen, obgleich hier genug Arbeiter dazu vorhanden sind. Daraus denkt der Herr Unternehmer Jäsch nicht, daß diese Leiharbeiter im nächsten Jahre aus Gesellenlohn erhalten wollen. Aber er wird ihnen auch nicht den vertragsmäßigen Lohn auszahlen, weil sie doch keine Gesellenarbeit werden verrichten können. Sie werden einfach ihren Laufpaß bekommen und gehen müssen. Bei dem Herrn Pfot ist es ein wenig besser; denn dieser hält auf zwei Bauten 17 Gesellen, wovon aber nur einer der Organisation angehört. Bei diesem Unternehmer denken die Kollegen nicht mal an die im Vertrag festgelegte Welperpause. Das müssen Menschen sein, die gern arbeiten aber nicht essen. Dort arbeiten die frommen Kunden, die vor zwei Jahren in Neuborf als Streikbrecher arbeiteten und unseren Kollegen das ein für allemal mit Pantoffeln und Knütteln losgeschlagen wollten. Diese Kollegen sind es, die heute die Ernte heimbringen, zu der unsere Kollegen vor zwei Jahren getötet haben. Aber wir dürfen uns nicht fürchten vor diesen Schwärzen. Nein, wir müssen sie weissen machen. Darum immer heran! zur kräftigen Agitation, damit wir in Zukunft nicht befürchten brauchen, daß uns die Unternehmer verfolgen können. Wir müssen so lange agitieren, bis wir alle am Bau der Organisation angehören.

**Weyreuth.** (Gottesfürchtig und dreist-Christentugend.) Am 20. Juli legten am Neubau der Oberrealsschule sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder wegen fortgesetzter Schikanierung unserer Kollegen durch die Unternehmer. Als nun anderen Tages durch Zeitungsberichte bekannt wurde, daß hier Streit ausgebrochen sei, hatte ein Bruder in Christo aus Maribredwitz sich eiligeres zu tun, als hierherzu kommen, um die Arbeit aufzunehmen, was ihm jedoch nicht gelang, indem unsere Kollegen tapfer auf dem Posten waren. Auf die eindringlichen Ermahnungen und genaueste Information seitens der Streikenden erwiderte das Christenkind in ganz probenhafter Weise, es sei ihm ganz gleich, er fange an zu arbeiten, sein Arbeitseifer sei aber ein heißes Verlangen, jedoch stelle dasselbe noch ein heißes Verlangen, das dahin ging, für seine Mitbewohner noch eine Entschädigung von M. 5 aus der Streikasse zu fordern. Dann kehrte er noch zum Schluß in einer heiligen Wirtschafft ein, zechte flott und ging fort, ohne etwas zu bezahlen. Er heißt Franz Rindner und ist der frühere Vorsteher des christlichen Bauarbeiterverbandes in Maribredwitz.

**Bremen.** Einen für das Baugewerbe wichtigen Entscheid fällte am 4. August auf unser Ersuchen das im Vertrag vorgesehene Schiedsgericht. Als unparteiischer Beiter war der jeweilige Vorsteher des Gewerbegerichts von beiden Parteien gewählt worden. Gegenstand der Verhandlung war der vom Verband der Maurer gestellte Antrag, daß die von ihnen verhängte Baupolizei über den Bau an der Dennewitzstraße, wo unsere Kollegen um sieben Tage Lohn betrogen wurden, nicht dadurch illusorisch gemacht wird, daß der Unternehmer Frisch, gedeckt durch den korporativen Arbeitsvertrag, den Bau weiter führt. Bemerkte sei, daß diesem Bau früher der Unternehmer Kistler vorstand, der sich eines Tages selber, angeblich zu Lohnzwecken geben ließ und dann damit ausredete. Der oben erwähnte Antrag wurde so begündet: Durch die Sperre sollen die Interessenten an dem Bau gezwungen werden, den geprellten Maurern den feststehenden Lohn zu zahlen. Es ist durch Abschluß des Vertrages nicht beabsichtigt, faulen Manipulationen dadurch Vorstoß zu leisten, daß durch das Vertragsverhältnis gedachte Unternehmung, in diesem Fall der Unternehmer Frisch, die Wirkung der Sperre durchkreuzen. Es wurde dem Antrage gemäß entschieden. Die Unternehmer stimmten zwar dagegen, erklärten sich jedoch bereit, bei ihren Mitgliedern

dahin zu wirken, daß dem Vertrage eine Bestimmung angefügt wird, wodurch derartige Fälle in Zukunft unmöglich gemacht werden. Es wurde eine zwei Tage währende Frist vereinbart, innerhalb welcher die Unternehmer die Auszahlung der rückständigen Löhne veranlassen wollten, andernfalls sollte die Sperre weiter geführt werden. Die zu Beginn der Verhandlung aufstehenden Bedenken, ob der Vertrag schon zu Grunde gelegt werden könne, da dieser von den hiesigen Bauarbeitern noch nicht anerkannt sei, wurden dadurch beseitigt, daß beide Parteien denselben für sich als gültig erklärten. Schon vor Ablauf der Frist erhielten wir von den Unternehmern Mitteilung, daß die restierenden Löhne ausgezahlt werden sollten. Da das Strohmannersystem im Baugewerbe in letzter Zeit überhand nimmt, seien die Kollegen davor gewarnt, dort, wo der Lohn am Sonnabend aus irgend welchen Gründen nicht gezahlt wird, die Arbeit fortzusetzen, ohne auf dem schnellsten Wege die Organisationsleitung zu benachrichtigen. Wir dürfen es als einen Neben Erfolg des Vertragsverhältnisses betrachten, daß wir dadurch in der Lage sind, unsere Kollegen in den meisten Fällen vor Betrug durch die Bauherren zu schützen. Das ist ein Erfolg, den wir durch Gesetze bisher nicht erreichen konnten.

**Colmar i. G.** Der Bauhilfsarbeiterstreik ist zu Gunsten der organisierten Arbeiter beendet. Zu diesem Siege haben die Colmarer Kollegen kräftig beigetragen, indem sie die Solidarität, wie sie im Kartellvertrag festgelegt ist, ließen, leider mühten einige Kollegen wegen Streikbruchs ausgeschlossen werden. Die Ausschließungen wurden sofort von den Christlichen aufgenommen! Es sind jetzt in Colmar sechs 15 Maurer christlich organisiert und alle 15 waren Streikbrecher. Hier kann man sehen, wie weit „christliche Liebe“ geht. Die Colmarer Kollegen mögen dies beherzigen. Was mit den Christlichen in Colmar los ist, beweist der Bauhilfsarbeiterstreik.

**Dresden.** Am 1. August fand im „Sächsischen Hof“ in Döbber eine leider schwach besuchte Versammlung statt. Nach einem Vortrage des Kollegen Friedrich-Dresden nahm man Stellung zu den Vertragsbestimmungen. Nach dem zweiten Berliner Schiedsspruch ist für die Amtsanwaltschaft Pirna für drei Jahre eine Lohnherabsetzung vom 1. April 1909 an aber eine solche von 3 % festgelegt worden. Der Vorsteher des Arbeitgeberverbandes für die Amtsanwaltschaft Pirna ist von der Gerechtigkeit der Sache überzeugt und hat aber bis zum 1. August geregelt sein sollte. Von den Kollegen wurde der Schiedsspruch nach kurzer Debatte angenommen. Die Abrechnung vom zweiten Quartal lag den Kollegen gebührend vor und veranlaßte sich keine wesentliche Debatte. In „Gewerkschaftsfragen“ wurden die Kollegen ermahnt, sich bezüglich der Abstempelung der Arbeitslohnbeiträge mehr an die Beschlüsse der Zählstelle zu halten. In Zukunft sollten die Kollegen den Versammlungen ein regeres Interesse entgegenbringen.

**Erlangen.** Sonntag, den 26. Juli, tagte in Dairersdorf eine allgemeine Bauhandwerker-Versammlung. Als Referent war Kollege Müller aus Nürnberg erschienen. Er schilderte in längeren Ausführungen den Zweck und Nutzen der Organisation. Hierauf wurde in eine Diskussion eingetreten. Zum Schluß wurde den Kollegen aus Degg gelehrt, die Organisation nicht als Laubensatz zu betrachten, wo man nur eintritt und austritt, sondern jeder muß festhalten an dem Unter der Organisation, hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Freiburg-Kreis.** Am 2. August hielt der hiesige Zweigverein eine Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst wurden die Wohltätigkeits-Kollekte, Ludwig und Stachule aus dem Verbandsausgesehen. Sodann wurde B. Fischer als Vertrauensmann gewählt zur Beobachtung der Töne und der Gegenstände, die sich bei der Arbeit befinden. Hierauf nahm Kollege Malinka das Wort. Er führte der Versammlung die Entwicklung unseres Verbandes vor Augen. Es wurde dann eine Bautenkontrollkommission gewählt, die am 3. August sämtliche Bauten in Kreis und Umgebung zu kontrollieren und festzustellen hat, wieviel Gesellen, Arbeiter und Lehrlinge in Tätigkeit sind. In Punkt „Verchiedenes“ sprach Kollege Wöhl sein Bedauern aus, daß die Kollegen so faul geworden sind. Der hiesige Zweigverein habe mit seinen 380 Mitgliedern schon zwei Versammlungen nicht abhalten können, weil der Besuch so schlecht war. Was hat die Schuld hieran der Verfall? Darauf kam es zu einem erregten Streit zwischen dem Vorstand und Wöhl. Der Vorstand drohte, sein Amt niederzulegen. Auch waren zwei Wohltätigkeits-Kollekte anwesend, Richard Wengler und Wöhl Schape, die in den Verband übertraten wollten; dem Erlangen wurde die Aufnahme beider verweigert, weil er in der ihm gestellten Frist den Beschlüssen der Versammlung nicht nachgekommen ist. Dem Zweiten wurde der Übertritt gestattet, da ihm aber die M. 5 Buße, die er bezahlen sollte, zu viel war, entließ er. Die Versammlung beschloß auf Antrag des Kollegen Wöhl, alle Mitglieder, die sich des Wohltätigkeits-Kollekte schuldig gemacht haben und dem Verbandsrat weiter angehören wollen, haben 14 Tage Frist vom festgestellten Datum an; erfolgt die Zahlung der Buße bis dahin nicht, so werden sie aus dem Verband ausgestoßen. Auf Antrag des Kollegen Wöhl wurde beschloßen, am 16. August eine Sitzung abzuhalten, zu der alle Polizei der hiesigen Umgebung eingeladen werden sollen, um mit ihnen wegen der Stärkung der Organisation zu unterhandeln. Das Verbandslokal in Kreis in Ehren zu halten und es zu besuchen; wenn dies nicht gelänge, könne es uns leicht entzogen werden.

**Gottesberg.** Am 30. Juli tagte hier eine Mitglieder-Versammlung, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Zunächst referierte Kollege Malinka aus Breslau über gewerkschaftliche Fragen in trefflicher Weise. Er kritisierte scharf das Unternehmertum und führte den Kollegen die heutige Situation klar vor Augen, wofür ihm reichlicher Beifall gezollt wurde. Im Anschluß hieran sprachen noch einige Kollegen im Sinne des Referenten. Hierauf gab der Kassierer den Quartalsbericht vom letzten Quartal bekannt, dessen Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Sodann gab Kollege Hartmann der Versammlung bekannt, daß sich die vorige Versammlung schon mit der

Erhebung von Losalfondsbeiträgen beschäftigt. Es sprachen einige Kollegen über die Möglichkeit einer aktionsfähigen Losalfasse; es wurde betont, daß es keinen Kollegen schwer falle, die paar Pfennige zu zahlen, wenn der gute Wille vorhanden sei. Es wurde beschloßen, um die Losalfasse aktionsfähig zu machen, einen einmaligen Beitrag von 60 % pro Mitglied im dritten Quartal zu erheben. Es fand also für die Monate Juli, August und September je 20 % zu zahlen, die durch Losalfondsarbeiten zu quittieren sind. Entbunden von diesem Beschluß sind Mitglieder, die keine Unterstützung wegen Krankheit von der Hauptfasse erhalten, ferner arbeitslose Mitglieder, wenn die Arbeitslosigkeit die Dauer von 14 Tagen erreicht und diese dann dem Zweigvereinsvorstand während der Zeit gemeldet wird.

**Guben.** Mittwoch, den 5. August hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst besprach der Vorsteher die zum Verbandsrat gestellten Anträge. Alsdann erstattete der Kassierer den Quartalsbericht vom zweiten Quartal. Die Einnahme für die Hauptfasse betrug M. 1553,10, die Ausgabe M. 490,57, der Kassenschatz M. 1062,53. Die Einnahme der Losalfasse betrug M. 1080,58, die Ausgabe M. 286,75, der Bestand M. 843,83, davon sind M. 703,62 auf der Sparfasse belegt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und auf ihren Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann gab der Kollege Jochen einen Bericht vom Sommervergnügen; dieses brachte eine Einnahme von M. 61,35 und erforderte eine Ausgabe von M. 77,65. Es wurde wieder darauf hingewiesen, daß die Kollegen mit den Streikbrechern nicht so in freundschaftlichen Verkehr treten müssen. Vom Vorstehenden wurde alsdann eine Bautenstatistik vorgelesen. Im Vergleich zu dem vorigen Jahre war daraus zu ersehen, daß in diesem Jahre die größeren Geschäfte kaum halb soviel Gesellen beschäftigten als im vorigen Jahre zur gleichen Zeit. Obgleich die Bautätigkeit in unserem Zweigverein in diesem Jahre sehr schlecht ist, mußte man in der Versammlung doch von Vergehungen gegen den Tarif hören, was die Kollegen sehr in Aufregung brachte. Es wurde mitgeteilt, daß die drei Kollegen Gubas, Schmolting, W. Sobritz und P. Schulz nach Feierabend bis gegen 10 Uhr bei einem hiesigen Zimmermann arbeiten. Als bei diesem Arbeiter in unserem Zweigverein viele Kollegen arbeitslos herumlaufen, die gerne bei Tage arbeiten möchten. Die Versammlung war der Meinung, daß das Verhalten der Kollegen scharf gerügt werden müsse. Sie verurteilte das Verhalten dieser Kollegen und sprach ihren Unwillen darüber aus. Alsdann kam noch ein schwerer Verstoß gegen die Solidarität zur Sprache. In einer Kohlengrube arbeiten drei Kollegen aus unserem Zweigverein als Maurer; ihr Stundenlohn auf den Bauten beträgt 42 Pf. Sie beantragen eine Lohnzulage von 15 Pf. pro Stunde in der Grube, erhielten aber bei der Lohnzahlung nur 52 Pf., also nur 10 Pf. Zulage. Als die Kollegen nach dem andern 5 % fragten, schickten sich die Herren Vorstehenden beleidigt, daß die Kollegen wurden entlassen. Trotzdem nahmen vier Kollegen, B. Girbig, M. Briele, Juchold und Schuster, die Arbeit dort wieder auf bei einem Lohn von nur 50 % pro Stunde. Es ist bedauernd, daß sie ihr unsozialistisches Treiben nicht einsehen und als Verbandsmitglieder das schwerste Verbrechen begehen, indem sie ihren Kollegen, die sich den viel zu niedrigen Lohn etwas verbessern wollen, in den Rücken fallen. Solche Kollegen, die sich ohne Rücksicht auf die Worte der Solidarität über alles hinwegsetzen und faullos weiter schreiten, sind nicht länger als Mitglieder zu betrachten. Sie seien keinen „Grundstein“ und kein „Statut“, kommen auch in keine Versammlung, oder hören nicht, was in der Versammlung beraten und beschloßen wird. Es wurde beschloßen, diese vier Kollegen zu einer Sitzung einzuladen, damit sie ihr Verhalten rechtfertigen. Falls sie nicht erscheinen, soll in der nachfolgenden Versammlung weiter darüber entschieden werden. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Hagen i. W.** Sonntag, den 2. August, hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab, in der auch die Vorstände der Zählstellen vertreten waren. Kollege Dege erstattete den Tätigkeitsbericht. Die meiste Arbeit entfällt auf die Lohnbewegung. Auch hier wollen die Unternehmer den Streikbrechern nicht anerkennen. Zweimal haben schon mit den Unternehmern Sitzungen stattgefunden, in denen erklärt wurde, daß für Höhe und Gebühreng gegen den Streikbrecher beim Eingangsamt Protest eingelegt sei. Die Unternehmer erklärten, sie würden eher aus dem Arbeitgeberverbande austreten, als die Erhöhung des Lohnes um 1 % bewilligen. (Sofort Unternehmermanier.) Die größte Ausbeutung wird in Hagen getrieben. Dagegen muß infolge des Streikbruchs der Lohn 50 % pro Stunde betragen, aber es werden Löhne von 37 bis 50 % gezahlt, so daß der Durchschnittslohn 46,9 % beträgt. Leider hat die Organisation keinen genügenden Einfluß, um die Unternehmer zu zwingen, die tariflichen Löhne zu zahlen. Auch in den anderen Lohngebieten Geseberg, Wilspe, Altenböde, Schwerte und Hohenlimburg wird von den Unternehmern die Erhöhung des Lohnes nicht strikte durchgeführt. Obgleich schon zweimal an die Unternehmer in den genannten Lohngebieten geschrieben ist, eine Sitzung stattfinden zu lassen, damit die noch zu regelnden Punkte erledigt werden, halten es die Vorstände der Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes gar nicht für nötig, zu antworten. Die Angelegenheit ist dem Bauvorstand zur Erledigung überwiesen. In Hagen ist die Arbeitslosigkeit sehr flau. Wohnungsnot und keine Bautätigkeit sind vorhanden. In den anderen Lohngebieten ist die Arbeit so flau. Die vom Kassierer Gehobene verlesene Abrechnung vom zweiten Quartal ergab für die Hauptfasse eine Einnahme und Ausgabe von M. 3116,10. Die Einnahme der Losalfasse betrug M. 1618,36, die Ausgabe M. 1481,44, Bestand M. 151,02. Die Abrechnung vom Sommervergnügen hatte eine Einnahme von M. 225,95, die Ausgabe betrug M. 215,17, so daß ein Ueberschuß von M. 10,78 verblieb, der der Losalfasse überwiesen wurde. Beschloßen wurde, daß am 13. September ein Refrutenabschiedsfranzosen beim Genossen Breit stattfinden soll. In „Verchiedenes“ wurde das Verhalten der christlichen Maurer in Wetter a. d. R. die Hiesigenleerarbeit (Streikbrecherarbeit) verurteilt, und der Bericht in der „Maurerzeitung“ an dem auch der Bezirksrat Süsschen in Bodum mitgearbeitet hat, und der den Kollegen Seydewitz treffen soll, gebührend gekennzeichnet. Denn die „Christen“ fürchten sich vor der Wahrheit wie der Teufel vor dem Weihwasser.



**Kaufbeuren.** Am 2. August fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Birtmayer aus München hielt ein ausföhrliches Referat über: Die moderne Arbeiterbewegung und ihre Gegner. Das groÙe Verfall fand. In der darauf folgenden Diskussion wurden von einigen Kollegen die ärtlichen Verhältnisse kritisiert. Wenn wir auch einen Tarif haben, so gibt es doch immer Arbeit, um ihn aufrecht zu erhalten, denn die hiesigen Unternehmer ziehen durchweg lauter auswärtige Arbeitskräfte hierher, um Ueberflus an Arbeitern zu haben und so den Lohn herunterdrücken zu können. Schwache Löhne brauchen sie nicht, denn sobald ein organisierter Arbeiter das Arbeitsverhältnis löst, wird er einfach von einem andern Meister mehr eingestellt, und ist somit gezwungen, den Ort zu verlassen. Auf diese Weise denken die Unternehmer den Zweigverein sprengen zu können, was ihnen aber nicht gelingen wird. Darum, Kollegen von Kaufbeuren, heißt alle mit, daß wir den letzten Mann für uns gewinnen, um so die schmerzhaften Pläne der hiesigen Bauherren zu durchkreuzen. Auch sei den Kollegen aus Herz gefügt, sich mehr und mehr der politischen Organisation und der Arbeiterpresse zuzuwenden. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, weiter zu arbeiten für unsere Sache, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

**König.** Eine öffentliche Maurerverammlung tagte hier am 2. August in Tüchel zwecks Gründung einer Verbandszweigstelle. Das Referat hielt Kollege Gieseler. Sämtliche anwesenden Kollegen, etwa 20 bis 25, an der Zahl, trafen sich in den Verband aufzunehmen. Die Zweigstelle wurde dem Zweigverein König zugeteilt, von wo aus die Vorarbeiten zu ihrer Gründung (von Kollegen Gieseler) betrieben worden waren. Daß jetzt die Tücheler Kollegen zur Gründung der Zweigstelle gekommen sind, war die höchste Zeit, denn so schnell, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Tüchel und Umgebung sind, sind sie wo anders kaum noch anzutreffen. Die elf bis zwölfstündige tägliche Arbeitszeit ist nicht etwa nur auf dem Lande, sondern auch in der Stadt ganz und gar, und zwar bei einem Tageslohn von 3,20 bis 4. Dieser Zustand muß so schnell wie möglich beendigt werden, was es allerdings einer guten Organisation bedarf. Da in Tüchel etwa 50 bis 60 Maurer arbeiten, aber erst 20 bis 25 dem Verbandsangehörigen, so bleibt den organisierten Kollegen noch ein gutes Stück Arbeit, bis sie die Inorganisierten dem Verbandsangehörigen haben werden. Nun, die Kollegen, die in der Versammlung zugegen waren, haben versprochen, diese Arbeit so schnell wie möglich zu leisten und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Maurer aus Tüchel und Umgebung dem Verbandsangehörigen ist. Nur das geschähe, dann wird auch in Tüchel möglich werden, was wo anders schon sehr häufig der Besserstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich war. Dazu gehört vor allem Einigkeit und geschlossenes Handeln. Das mögen die Tücheler Kollegen beherzigen.

**Königsgrün.** Donnerstag, den 6. August, hielt der hiesige Zweigverein seine Monatsversammlung ab, die gut besucht war. Zunächst gab der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt. Dann referierte Genosse Otto Hering über die statistischen Erhebungen. Hierüber verlas er eine Statistik über das Leben der organisierten Kollegen. Von 1897 Kollegen lesen: Die Volkswacht 29, Königsgrün 7, Volkszeitung und Tagesblatt 8, andere Zeitungen 11, im politischen Verein sind 11, im Arbeiter-Turnverein 2, im Kriegerverein einer. Der Genosse bewachte, daß noch viele Kollegen es nicht für notwendig halten, die Arbeiterpresse zu lesen. Aber ein erfreuliches Urteil gab er über den Kriegerverein. Dann wurde Kollege Bugiel als Vorsitzender gewählt.

**Leipzig.** Die Mitgliederversammlung am 3. August beschäftigte sich nochmals mit dem Schiedsspruch. Der Kollege Jacob verlas das Schreiben des Arbeitgeberverbandes. Die Unternehmer wollen den Vertrag nicht anerkennen, wenn die hiesigen Kollegen, beziehungsweise Kollegen Kitzing, nicht unterschreiben. Nun befragte der Kollege Jacob in eingehender Weise die Lage in Leipzig und sagte, daß in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit sehr stark sei als 1907; es seien 500 Kollegen weniger am Orte beschäftigt. Außerdem herrsche noch Geldnot, obgleich hier nur 1/2 pzt. leerstehende Wohnungen vorhanden sind, während bei geordneten Wohnungsverhältnissen mindestens 3 pzt. leer stehen müßten. Referent befragte nun auch nach dem Zustandekommen des Tarifs; mit allen Paragrafen sei er auch nicht einverstanden, es habe aber nicht, daß die Kollegen den Vorstand am Orte ermächtigen, den Vertrag zu unterschreiben. In demselben Sinne sprachen noch die Kollegen Koch und Berthold. Der Kollege Bielitz wurde von der Versammlung nicht angehört, weil er anderer Ansicht war als die Versammlung. Alle anderen Diskussionen sprachen sich in scharfer Weise über das Zustandekommen des Tarifs aus; es sei keine Sache, über die Köpfe der Mitglieder hinweg derartige Verträge zu stande zu bringen. Es soll auch auf dem Verbandstage zur Sprache kommen, damit ein solches Verfahren nicht wieder eintritt. Der Kollege Koch hat zur Zeit auf dem Standpunkt gestanden, daß wir nur auf Grund des alten Vertrages verhandeln und nicht die Resolution des Kollegen Jacob annehmen sollten. Unsere Aufgabe sei es, daß wir das Ertrugene aus in schlechten Zeiten festhalten. Aus der Diskussion war zu ersehen, daß die Kollegen nicht unterschreiben wollen. Der Kollege Berthold machte, noch die Mitteilung, daß einem hiesigen Kollegen schon der Lohn von 65  $\frac{1}{2}$  auf 45  $\frac{1}{2}$  reduziert worden sei. Es wurden noch die Kollegen Thalheim, Kießling, Stäbter und Westphal als Tarifkontrolleure gewählt.

**Mainz.** Der Zweigverein Mainz und Umgebung nahm vom 27. Juli bis 1. August eine Statistik über die Zahl der beschäftigten Kollegen, Maurer und Zeichnungen auf. Ebenso wurden die gegangenen Stundenlöhne für Maurer mit aufgenommen. Die Statistik erstreckte sich über 24 Orte. Für Mainz und Rastel kamen 18 Unternehmer in Betracht, die 85 Kollegen, 429 Maurer und 66 Zeichnungen beschäftigten. Für den Stadtbezirk Mainz mit Rastel beträgt die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden. Der niedrigste Stundenlohn ist 80  $\frac{1}{2}$ , der höchste 63  $\frac{1}{2}$ . Der Durchschnittslohn beträgt 48,95  $\frac{1}{2}$ . Bei der Auf-

stellung wurden 12 Lohnklassen ermittelt. Der Tarifvertrag bestimmt 50  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn für Maurer, mit Ausnahme der Maurer, die infolge Alters oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, für jugendliche Arbeiter, sowie für Junggefell in ersten und zweiten Jahre nach beendeter Lehrezeit. Im Mainzer Umkreis wurden in 29 Orten bei 97 Unternehmern 7 Kollege, 440 Maurer und 46 Zeichnungen beschäftigt. In den 22 Orten der höchste auf 63  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ . Tagelöhne wurden 25 Lohnklassen in sechs Lohngruppen zum Ausdruck. Der Durchschnittslohn für sämtliche 22 Orte zusammen beträgt 45,50  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Die tägliche Arbeitszeit beträgt in 17 Orten 10 Stunden, in 5 Orten 11 Stunden. Verträge bestehen in 11 Orten. In dieser Stelle sei festgestellt, wie schief die Unternehmer es mit der Vertragsabschlusnahme nehmen. Hier nur einige Beispiele: In Oppenheim und Weierhofen schlossen wir mit den Unternehmern im April 1907 einen Vertrag mit zehn Stunden Arbeitszeit und mit einem Stundenlohn von 15  $\frac{1}{2}$  im Jahre 1908, bis zum 1. März 1909. Man sollte glauben, die Unternehmer beäßen jenseit Vertragsstreue, die Verträge zu halten; aber weit gefehlt. Die wichtigste Ursache war den Unternehmern sehr willkommen. Die Verträge wurden vollständig von den Unternehmern gebrochen; die tägliche Arbeitszeit wurde auf 11 Stunden ausgedehnt, der Stundenlohn ist durchschnittlich bis auf 34,30  $\frac{1}{2}$  herabgedrückt worden. Die Leitung der Arbeiterorganisation wurde vollständig bei den Unternehmern, aber ohne Erfolg. Daran können die Arbeiter wieder recht ersehen, daß nur eine geeigte Organisation diesen Gebaren der Unternehmer Einhalt gebieten kann. In diesen beiden Orten ist jedoch noch ein großer Teil Maurer der Organisation nicht angeschlossen.

**Mannheim-Ludwigshafen.** Die Generalversammlung des Zweigvereins am 2. August wies einen mäßigen Besuch auf. Der Kassierbericht vom zweiten Quartal zeigt nicht die günstigen Differenz, wie der vom gleichen Quartal des vorigen Jahres; der Grund dafür ist im Bericht näher zu finden. Die Hauptkasse verzeichnete am Einkunftsgehalt und Beiträgen 15.490,15, wovon 12.707,48 am Orte verblieben, während 2.782,67 an die Hauptkasse abgeliefert wurden. Die Gesamtkasse hatte mit einem Kassenbestand von 10.690,36 eine Einnahme von 11.692,06. Nach Abzug der Ausgaben im Verlage von 5.014,25 bleibt ein Kassenbestand von 11.906,41. Von den am Orte verwendeten Einnahmen für die Hauptkasse sind folgende bemerkenswerte Posten zu nennen: für Krankenunterstützung 1.481,50, für Sterbegeld 1.420, für Medizinisch 62,70, für Inhabereinkommenunterstützung 115, für Gewahrgabe 1.299,65, für Lohnbewegungen, Streiks und Sperrn 1.321,08. Die Kollegen waren in der diesmaligen Lohnbewegung der festen Meinung, daß alles, was in früheren Jahren bei starker Dürftigkeit (damals war die Organisation noch) geschehen wurde, wieder gut gemacht werden könnte. So neuerlich die Kollegen nur diesem einen Ziele an, ohne die Begleiterscheinungen einer Lohnbewegung, und die wirtschaftliche Lage zu beachten. Darauf sind auch die aufregenden Versammlungen und der unbegreifliche Mißbrauch der Lohnbewegung zurückzuführen. Die Lohnbewegung in diesem Jahre hat gezeigt, daß, wer ein richtiges Urteil in solchen Sachen haben will, unablässig die Arbeiterbewegung und den Gang des Wirtschaftslebens beachten muß; denn die wirtschaftliche Frage wird bei Lohnbewegungen immer ein ausfallgebender Faktor bleiben. Diesmal haben unsere Kollegen gerichtet und scharf geteilt. In der ärgsten Aufregung stellte ein Teil die Zahlung der Verbandsbeiträge ein und anderen ging die Gründung von Sonderorganisationen durch den Kopf. Aufsteig sollte die Organisation sogar an dem schlechten Geschäftsgange scheitern. Die Behauptung, die anfänglich aufgestellt wurde, die Unternehmer hielten die Arbeit zurück, hat sich nicht bewahrheitet. Im Monat Mai wurde die Dürftigkeit und die Zahl der Maurer festgestellt, daraus ist zu ersehen, daß die Dürftigkeit gegen die vorhergehenden Monate zurückgegangen ist und noch zurückgehen wird. Einige Zahlen davon teilen wir hier mit. Angestritten wurden 34 bis zum Keller gebühende Bauten; daran waren beschäftigt 162 Maurer. Im Dachstuhl und Ausbau waren 71 Bauten mit 334 beschäftigten Maurern. Die lössige Folge davon war, daß die Arbeitslosigkeit zurückgehen mußte. Im ganzen wurden für Mannheim-Ludwigshafen auf den Bauten 1221 Maurer gezählt. In der statistischen Aufnahme in der Woche vom 26. Juli bis 21. August wurden nur noch 1025 Maurer gezählt. Das oben gefagte ist also eingetroffen und eine Besserung ist vorläufig nicht zu erwarten. In einer Konferenz der Hauptstellenordnungen wurde über den nunmehrigen Stand des Zweigvereins Bericht erstattet und beschlossen, in den Hauptstellen Örgen resp. Versammlungen abzuhalten. Darauf folgte eine Hausagitation, um die Mitglieder an ihre Pflichten zu erinnern. Durch die Hausagitation wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Mitglieder 4, 5, 6 und mehr Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande war. Es kann aber erfreulicherweise berichtet werden, daß die Kollegen erklärt haben, ihre Beiträge nachzahlen zu wollen, wenn auch nicht sofort, so doch im Laufe der Zeit. Einige verhalten sich noch passiv. Aber auch diese werden bald zur Einsicht kommen. Die Hausagitation erstreckte sich über 32 Hauptstellen. Neben unserer Organisation hat sich nun doch eine freie (lokalistische) Vereinigung gegründet, die in Friedenheim den besten Nährboden fand. Einige Kollegen sind bereits wieder zur Einsicht gekommen. Am den Kollegen in dieser Frage Klarheit zu schaffen, haben drei öffentliche Versammlungen stattgefunden mit dem Thema: „Welchen Schaden haben die Arbeiter durch ihre Zerstückelung in verschiedene Organisationen?“ Referent war Kollege Silberstein aus Berlin. Der Redner beherrschte diese Frage vollständig und förderte Material zu Tage, durch welches selbst die Obersten entwirrt wurden, nur hätten die Versammlungen besser besucht sein sollen. Die Beteiligung an den Verbandstagswahlen hätte besser sein können. An der Hauptwahl haben sich 24 Hauptstellen und an der Stichwahl nur 16 beteiligt. Gewählt wurden die Kollegen Müller-Wierheim, Kleines-Medardus und Fischer-Mannheim. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 8142. Abgehalten wurden 4 Mitgliederversammlungen des Zweigvereins, 42 Versammlungen in Hauptstellen und 11 Hauptversammlungen, Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes 4, andere 9, Verteilungen vor dem Gewerbeamt wurden 2 wahrgenommen. Die schriftliche Agitation geschah durch

drei Flugblätter und elf Zirkulare in einer Auflage von 12.500. In Differenzen mußte die Zweigvereinsleitung zweifach eingreifen. Die Schlichtungskommission mußte sich in zwei Sitzungen mit der Firma Winger beschäftigt. Näheres darüber ist im „Grundstein“ Nr. 24 mitgeteilt. Mannheim ist immer noch ein Ort, zu dem der Strom der Zimmerer und Diebeger Maurer hinfließt. Statt aufzuheben zu sein, Arbeit zu haben, verlangen diese Kollegen für sich ein Sonderrecht. Die Zeit, die sie durch Ab- und Zugang zur Arbeit verlieren, wollen sie in den Wochentagen nach 8 Uhr abends nacharbeiten, sie stellen sogar der Wohnung, sich an die zehnstündige Arbeitszeit zu halten, Gewalt gegenüber. Es ist Zeit, daß dort der in Frage kommende Zweigverein über diese Frage Aufklärung schafft. Lohnbewegungen in den Hauptstellen mit Tarifabschlüssen sind erledigt in Wöhl ohne, in Dürkheim mit Arbeitszeinstellung. Erungen wurde eine Lohnhöhung von 4  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. In Milschenschaft gezogen waren wir in fünf Fällen. Sperrn sind noch verhängt in Heppenheim a. d. Bergstraße und in Oshlo.

**München.** Donnerstag, den 30. Juli, hielt die Sektion der Arbeiter ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die aber trotz der wichtigen Tagesordnung schwach besucht war. Der Vorsitzende und Obmann der Sektion rügte aus in scharfen Worten die Gleichgültigkeit und die Interesslosigkeit der Mitglieder. Am Wichtigsten und auf der Baustelle gebärdete sie sich immer wie die Langzirkel, aber wenn es gilt zu etwas Stellung zu nehmen, haben sie nicht einmal den Mut, zur Versammlung zu kommen. Der Vorsitzende befragte sich auch bitter über einige Kollegen, die immer über den letzten Tarifabschluß und über das Verhalten der Verbandsleitung hierbei loszögen, selbst aber nicht die Männer sind, die sie sein sollen. So berichtete er, daß er einen Kollegen aufmerksamt gemacht habe, er solle doch die für Mitglieder üblichen Söhne verlangen. Dieser teilte dies dem Unternehmer mit und bemerzte zu diesem: „Ich für meine Person wäre mit diesem Lohn schon zufrieden, wenn ich aber nicht mehr verlange, so läßt mir mein Obmann keine Ruhe.“ Einige Münchener Kollegen arbeiteten in Reichthal auf Rabat. Der Obmann machte ihnen wegen der Söhne schriftliche Mitteilung; anstatt aber die Söhne zu verlangen, gaben sie den Brief dem Unternehmer, wahrscheinlich, um den Obmann wieder anzuweisen zu können. Der Obmann erklärte, er sehe sich deshalb veranlaßt, seinen Posten als Obmann der Sektion der Rabatier niederzulegen, denn statt eine Unterstützung bei den Kollegen zu finden, werde er immerfort denunziert. Kollege Schäfer rügte ebenfalls das Gebahren dieser Ausföhrer und ersuchte den Obmann, sein Amt nicht niederzulegen, denn wegen einiger solcher Ausföhrer weiche man nicht, sondern bleibe erst recht auf seinem Posten, um mit diesen Kollegen gründlich abrechnen zu können. Als noch einige Kollegen den Obmann ersuchten, doch auf seinem Posten zu bleiben und ihm versprachen, daß sämtliche Rabatier ihn unterstützen und mit diesen Ausföhrern abrechnen würden, behielt er seinen Posten als Obmann der Rabatier. In einem weiteren Punkt führte der Obmann aus, daß die Kollegen durch die große Arbeitslosigkeit gezwungen sind, München zu verlassen und sich anderswo nach Arbeit umzusehen. Mit welchen Mitteln aber unsere Kollegen in der Schweiz (Bern und Zürich) bekämpft werden, genügt nicht mehr von einer internationalen Solidarität. Es wurde dort einigen Kollegen Arbeit angeboten, die sie auch annahmen. Es waren dies lauter ältere Verbandsmitglieder. Sie meldeten sich vorschriftsmäßig in Bern an, arbeiteten dort auch einige Zeit und wurden dann nach Zürich vermittelt. Auch dort meldeten sie sich im Verbandsbureau an und fragten, ob sie dort arbeiten dürfen, was auch bejaht wurde. Sie aber die Arbeit beginnen wollten, erklärten die Weispoker: „Wenn die Münchener anfangen, dann legen wir die Arbeit nieder“, und so wurden die Kollegen gezwungen, wieder nach Hause zu fahren, um in München das Geer der Arbeitslosen noch mehr zu vergrößern, obwohl in Zürich Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden ist. Daß die Weispoker nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen Städten und nicht zuletzt in Bayern vorgehen, wurde von mehreren Kollegen bestätigt. Wer nicht in den Statutenverband oder in der Schweiz in den Gipfelverband eintritt, hat schon bald seinen Anspruch mehr auf Rabat, Putz- oder Fassadenarbeit, obwohl in verschiedenen Städten diese Arbeiten bis vor ganz kurzer Zeit ausschließlich von den Maurern ausgeführt wurden. Wenn von diesen Verbänden so weiter vorgegangen wird, muß und wird einmal der Maurerverband hierzu ganz energig Stellung nehmen. Auch in München sind die Angelegenheiten hierfür schon vorhanden. Die Statutenfrage machen jetzt schon Rabat- und Putzarbeiter und so geht es fort, bis es kommt wie in Straubing und Augsburg, von wo hier in München bei einer Firma unorganisierte Weispoker beschäftigt sind. Hier liegt sogar noch die Befürchtung vor, daß noch mehr von diesen Herren herbeigezogen werden. Nach lebhafter Debatte schloß der Vorsitzende, Kollege Kastenhuber, die Versammlung und ermahnte die Kollegen, auf die Abwesenden dahin einzuwirken, daß die nächste Versammlung eine Musterversammlung werde.

**Ostere i. Ostr.** Am 28. Juli tagte hier eine Mitgliederversammlung, in der auch der Gauleiter Gehl anwesend war. Zunächst nahm die Versammlung den Kassenbericht vom zweiten Quartal entgegen, der genehmigt wurde; die Entlastung des Kassierers wurde ausgesprochen. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Bauunternehmer Rodoll von hier und mit dem Maurermeister Tekmann aus Woburnen. Mit Rodoll hatten wir uns im vorigen Jahre schon einmal zu beschäftigen, und heute fräut er sich immer noch, den Vertrag anzuerkennen. Er hat an der höheren Mädchenschule, an der Knabenfortbildung und am Gymnasium die größeren Reparaturarbeiten auszuführen, zahlte aber den Kollegen statt 44  $\frac{1}{2}$  nur 40  $\frac{1}{2}$  und meinte, als die Kollegen ihn deshalb zur Rede stellten, er lasse sich von keinem Kommandieren, sondern gäbe einen Lohn, wie es ihm passe. Auch das Eingehen des Vorsitzenden und des Kollegen Gehl hatte zunächst keinen Erfolg. Als die Kollegen hierauf mit Arbeitszeinstellung drohten, lief der Herr Bauunternehmer zur Polizei; er hatte aber hiermit keinen Erfolg. Da endlich bequante er sich, nach zweifelhafte Baubeden in Zeugeneigenschaft die Erklärung abzugeben, daß er den auswärtigen Maurern 47  $\frac{1}{2}$ , den hiesigen 44  $\frac{1}{2}$  pro Stunde zahlen werde. Mit dem Rüst-



zeug ist es bei diesem Unternehmer auch nur sehr schlecht bestellt. Um eine Reparatur an einer Wand auszuführen, stellte sein Polier Emil Löbber eine lange Leiter an die Wand, ohne die Halbarkeit der Leiter zu prüfen oder sie abzusichern. Die Folge davon war, daß Löbber damit durchbrach und sich schwere Verletzungen zuzog. Wie nachher Herr Boboll ist, mag daraus erhellen, daß er in früheren Jahren Fußwerkunternehmer war und als solcher den Strahlenmüll abgefahren und den Chausseuren den Kies zugefahren hat. Später übernahm er Kanalarbeiten und Chausseebauten und hat es dabei zum Kapitalisten gebracht. Wie feinfühlig der Herr ist, geht daraus hervor, daß er meinte, ein Fußboden könne er nicht schlagen, aber einem Maurer könne er den Kopf abschneiden. Dieser saubere Herr ist auch Preisrichter, indem er die Tagelohnarbeiten zu einem Stundenlohn von 50 S übernimmt, was bei den übrigen Unternehmern große Erbitterung hervorgerufen hat. Der Unternehmer Lehmann hat hier zwei große Familienhäuser auszuführen; er beschäftigt dort nur Maurer aus Wohnungen, während die übrigen davon ausgeschlossen sind. Die Arbeitszeit ist 11 Stunden und der Tagelohn beträgt 4. Es wurde beschlossen, den Bau zu sperren und zu verhängen, die dort arbeitenden Kollegen zu organisieren. Zum Schluss wurde den Kollegen aus Herz gelegt, die Verammlung besser zu besuchen.

**Mitglied.** Der hiesige Zweigverein hielt am 9. d. M. seine Generalversammlung für das zweite Quartal ab, die nur mäßig besucht war. Dem vom Kassierer gegebenen Bericht entnehmen wir folgendes: Beitragsmatrike wurden 6948. Stück an die Mitglieder verabsichtigt. Die Einnahmen für die Hauptkasse betrug 3524,80. An die Hauptkasse wurden abgezahlt 1774,86. Am 31. d. M. wurde von den Hauptkassierern für Streit-, Reise- und Krankenunterstützung verausgabt 1749,94. Die Einnahme der Kasse betrug im selben Quartal 1493,89, die Ausgabe 1099,98, so daß der Ueberschuß 432,91 beträgt. Die durchschnittliche Beitragszahlung betrug pro Mitglied 11,8 Wochent. Die Mitgliederzahl ist infolge der minimalen Wochentzeit zurückgegangen. Der größte Rückgang war in Wies, woselbst die Wochentzeit im zweiten Quartal vollständig brach lag. Auch im Bezirk Ruhrort-Weidenhagen war die Arbeitslosigkeit im Bauwesen sehr gering, jedoch sind Angelegenheiten vorhanden, daß für diese Orte im Laufe des dritten Quartals die Konjunktur besser wird. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Ergänzungsbeschluss des Zweigvereinsbeschlusses“, der Kollege Wilsch, Göttes als erster Vortragsredner gewählt. Nach einigen anregenden Worten des aus dem Zweigvereinsvorstand ausgeschiedenen Kollegen Schneider wurde die Versammlung geschlossen.

## Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 2. bis 8. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg 1000, Kiel 300, Hamm 1. Westf. 200,58, Salzmünde 200, Krieg (Bez. Breslau) 200, Liebenwalde 150, Weidenburg 130, Seibitz 100, Hausberg 100, Garmisch 100, Gersdorf 100, Jordan Paradies 100, Alt-Weßling 100, Alt-Glinde 100, Groß-Wartenberg 100, Reizelle 90, Schönhausen a. d. Elbe 86,72, Teterow 85, Wiesbaden 80, Weidenhausen 80, Neuhäuser a. d. Elbe 70, Soden 64, Budow 60, Schmiedewitz 50, Jessen (Bez. Magd.) 50, Weßling 50, Hilders 15,48, Lichterode 13,90, Summa 8. 3775,63.

Zufüsse erhielten: Karlstraße i. Baden 200, Fuhlbach 180, Dresden-Striesen 150, Götlich 150, Niederbreitig a. N. 110, Genshies 100, Hohenfals 100, Fiedrichs 100, Altensbrunnen 100, Döberan i. Mecklbg. 100, Randsbühl 60, Weßensleben 50. Summa 8. 1400.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

**Annaberg.** Infolge ungenügenden Abdeckens fiel auf dem Neubau des Unternehmens Sempel in der Karlsbaderstraße in Buchholz ein Maurer herunter. Eine schwere Halsverletzung war die Folge davon. Ordentliches Mühen hält der dortige Polier Aufschneider aus Crottenbach für unnötig. Achtelständer ist ein gewaltiger Mann. Kommen Gendarmen zur Versammlung auf den Bau, so überweist er diese dem Feuerlohn. Ein tüchtiger Kerl!

**Antonienhütte.** Obwohl wir erst in Nr. 27 des „Grundstein“ einen bedauerlichen Unglücksfall vom hiesigen schiffbauischen Kirchhof berichtet haben, geschieht doch nichts, um die Arbeiter mehr vor Schaden zu bewahren. Am 30. Juli stürzten wieder zwei Gerüste zusammen, die aber kein größeres Unglück anrichteten, weil die unten beschäftigten Arbeiter rechtzeitig zur Seite sprangen. Die Gerüste waren aus Eisen aufgestellt und sehr mangelhaft abgestützt. Die Schuld an dem Unfall hat der bauleitende Polier, weil die Gerüste in größter Hast gemacht werden mußten und er sich von der Halbarkeit der Gerüste nicht überzeugt. Sagt einmal ein Kollege etwas über die Wisthände oder will man für die Organisation eintreten, so wird man gleich entlassen, wie das schon bei drei Kollegen geschehen ist. Jetzt, nachdem sich zwei Unfälle ereignet haben und nachdem ein Menschenleben vernichtet ist, sieht man sich vielleicht veranlaßt, besseres Gerüst herzustellen.

**Berlin.** Ein schwerer Baunfall ereignete sich Donnerstags, den 6. August, an dem neuen Durchstich für den Großschiffahrtsweg in der Jungfernhöhe. Dort soll bei Hahnenhorst eine Brücke gebaut werden, zu welchem Zweck über dem Schacht ein Holzgerüst aufgestellt worden ist. Donnerstags nachmittags brach ein Balken in dem Augenblick, als der Arbeiter Surra mit einer Stoppere das Gerüst polierte. Neben ihm stand ein Ingenieur und der Polier W. Alle drei Personen stürzten in den Schacht. Während die beiden letztgenannten mit leichten Kontusionen davongekamen, erlitt Surra einen Bruch des Oberarmes und anschließend innere Verletzungen.

wurde mittels Kopfschrauben nach dem Kranenhaus Maat übergeführt.

**Berlin.** In Charlottenburg ist Donnerstag, den 6. August, ein Schwindelbau zusammengefallen. Am Königsplatz 52 fand ein Teil eines vierstöckigen Wohnhauses, das bereits zur Dachhöhe gekommen war, in sich zusammen und beruht die Arbeiter unter den Trümmern. Drei von ihnen wurden schwer verletzt. In das Kranenhaus bestanden geschäft, während der vierte mit leichten Verletzungen davonkam. Der Neubau wird aufgeführt von dem Baumeister Gabent aus Steglitz. Die zum Bau verwendeten Steine sowie auch das Holz sind nach Ansicht des Fachleuten mehr als minderwertig. Dazu kam, daß der nach allen Seiten hin freistehende Bau in seinen Wänden ungenügend verankert wurde. Die Verankerung trug kaum einmündigenhaften Stein. Der Bau wurde mit großer Hast von Affordhäusern aufgeführt. Innerhalb 4 Wochen war der Bau bis zum Dachstuhl emporgeführt. Das Baumaterial hatte aber aus Friesland geliefert. Donnerstags nachmittags um 4 Uhr erfolgte nun die Katastrophe: Als der größte Teil der Arbeiter sich glücklicherweise nach den nahe gelegenen Wirtschaften begeben hatte, um zu speisen, stürzte die ganze vordere Hälfte des Wohnhauses in sich zusammen. Drei Arbeiter und ein Stocher lagen unter den Trümmern. Der Stocher wurde alarmiert; doch ehe er erschien, waren die Verunglückten bereits befreit. Zwei Arbeiter und der Stocher hatten neben Knochenbrüchen auch noch ansehnliche schwere innere Verletzungen davongetragen. Der Vierte, der aus dem vierten Stock, also am höchsten, gefallen war, kam bei dem Sturz noch am besten weg. Er konnte sich, ohne fremde Hilfe befreien und sich nach seiner Wohnung begeben. Die am anderen Tag eingetragene Untersuchung hat ergeben, daß die Ursache des Vorgefallenen auf die Verwendung schlechten Materials und schlechter Arbeit zurückzuführen ist.

**Chemnitz.** Am 5. August stürzte auf dem Gürtelhofen der Neubau im Stabteil Altkindergarten auf dem Gürtelhofen und rief die darauf arbeitenden Arbeiter zwei Stodwerke in die Tiefe. Reiner Unfall ist es, daß nur ein Arbeiter etwas schwer verletzt ist. Der Unfall ist nur der mangelhaften Ausführung des Gerüsts zuzuschreiben, die wiederum, wie so oft bei Unfällen, durch die Affordhäuser bedingt ist. Wir meinen aber auch, daß es der Polier von dem betreffenden hätte sehen müssen, daß ein derartiges Gerüst überhaupt nicht zum Arbeiten benutzt werden durfte. Der betreffende Polier scheint sich um die Bauarbeiterbestimmungen nicht zu kümmern. Es ist schon vorgekommen, daß die Bauarbeiterkommission mehrere Anzeigen erstatten mußte, die man Abbildung schuf. Die erste ein Kollege eine Einrede, so wurde er mit der Entlassung bedroht. Der Baubehörde ist hier Gelegenheit zum Eingreifen gegeben.

**Chemnitz.** Erfindend mehrten sich in diesem Jahre die Baunfälle, so daß es an der Zeit ist, wieder einmal auf die ungenügende und auf den Fachleuten betriebene Bauweise hinzuweisen. Im Mai verunglückte der Maurer Dreßler zu Tode, weil man Wästen aus einem Umbau von oben herausnahm, anstatt von unten, wobei man erst ein Gerüst hätte bauen müssen. In derselben Woche stürzte der Stocher eines Neubaus auf der Gehwegstraße ein. Hier gelang es dem Arbeiter, sich durch Abhängen zu retten. Am 28. Juli brach beim Schulneubau der Maurer Gärtel Tage ein Brett nach, trug einen Weinbruch davon. Zwei Tage später verunglückte derselbe noch ein Arbeiter. Am 30. Juli brach in der Mollerei ein Gerüst zusammen, auf dem sieben Mann beschäftigt waren; ein Arbeiter trug einen Knochenbruch davon, einige andere leichtere Verletzungen. Am 3. August, mittags, brach ein Gerüst beim Neubau der Substation auf und rief fünf Steinträger mit in die Tiefe, die sämtlich und zwei von ihnen schwere Verletzungen davontrugen. Zum Glück waren auf dem Gerüst noch keine Arbeiter und es war auch fast gar nicht belastet, was zeigt aber um so mehr, mit welchem sträflichen Leichtsinne beim Bauen vorgegangen wird. Diese Mängel der größten Unfälle mag vorläufig genügen. Man bestreite am Orte eine Bauarbeiterkommission, die diese sich an die Polizeiverwaltung wende, um die Veranlassung zum Betreten der Bauten zu erlangen, lehnte die Polizeiverwaltung das mit der Begründung ab, daß dies ein Eingriff in das freie Verfügungsrecht des Unternehmers sei. Als ob nicht jede Verfügung und jedes Geschäft ein Eingriff in den Willen des einzelnen bedeuten würde! Die Bauarbeiterkommission im betreffenden Bezirk hat sich nicht schloß. Die Bauarbeiterkommission arrangierte eine Versammlung, zwecks Besprechung der Unfälle, und teilte zu diesem Zwecke Gendarmen auf den Bauten aus. Wichtig ist es, daß solche Besprechungen immer an die Bauleitung gehängt werden. Am nächsten Tage gingen Polizeibeamte auf die Bauten und sammelten diese Betel ein, zu welchem Zwecke, konnten wir bis heute nicht ergründen. In der Versammlung selbst erschien Polizeisergeant Reim in Zivil, ob im Auftrag seiner vorgesetzten Behörde, ist nicht bekannt. Er setzte sich an einen Pfeiler und schrieb sich die Namen der Arbeiter auf. Man ließ ihn gewahren, und erst als andere Sachen zur Verhandlung kamen, wurde er aus dem Lokal gewiesen; denn wenn die Polizeiverwaltung Auskunft haben will, so kann sie dieselbe auf andere Art leicht erhalten. Jetzt ging es aber los: Kommissar und Schutzleute kontrollierten die Bauten mit großem Eifer, was bekamen nun aber einige Arbeiter Strafanzeige, denen doch nur vom Polier die Arbeit angewiesen worden war. Allerdings muß ja auch angegeben werden, daß sich viele Bauarbeiter leichtsinnig über Unfallgefahren hinwegsetzen. mag ja den besten Willen haben, doch ist dieser nicht in seiner Kontrolle untergefallen. Nun aber ein Fall, der allen die Krone aufsetzt. Auf der Poststraße beim Postamt führten die Unternehmer Adler und Scholz einen Neubau auf. „Baumeister“ erst, daß in der dritten Etage das Mauerwerk schwächer war, und dementsprechend die Balken länger sein mußten. Aber trotzdem wurden diese Balken verlegt. Sie bekamen 5 bis 9 cm Aufstöße. Ein Balken lag sogar ganz vor der Mauer. Der städtische Baumeister merkte bei

der Abnahme nichts, und das Gaus steht da als ständige Gefahr für die Bewohner. Der Fall wurde in der Versammlung besprochen und scharf kritisiert, aber bis jetzt ist keine Menderung vorgenommen worden, obwohl der Fall zum Stadtgespräch geworden ist. Offenbar tragen diese Beten dazu bei, daß der Bau abgebrochen werden muß, bevor er begonnen wird. Der Herr Baumeister braucht nur den dritten Balken freistellen, um zu lassen, um sich zu überzeugen, daß diese Angaben wahrheitsgemäß sind. Die Beseitigung solcher Arbeit liegt ja auch im Interesse des gesamten Publikums; denn Balken mit 6 oder 7 cm Aufstöße sind einfach unbrauchbar. An den geschädigten Balken mögen die Arbeiter des Bauwerkes erkennen, daß unser Ruf nach sachmänniger Bauaufsicht und Kontrolle durch Leute, die hierzu aus dem Bauhandwerk heraus zu wählen sind, dringend notwendig ist.

**Neubrandenburg.** Am 1. August verunglückte unser Kollege Fritz Weidenhagen dadurch, daß er einer Leiter, an die er oben noch eine kurze Leiter angebunden hatte, 10 m tief herunterfiel. Ansehend hat er beide Arme gebrochen und ist im Gesicht schwer verletzt worden.

**Salz.** Bei den Ausschachtungsarbeiten für einen Wasserbehälter in Kleinbachtal passierte am 5. August, vormittags 10 Uhr, ein schwerer Unglücksfall. Von der Stellung, etwa 5 bis 6 m hohen und 1 m unter 60° in der Wölbung, wo die Arbeiter durch Schwingen das Erdreich wegruben, stürzte eine Wand, in der sich zwei große, ungeladene je einen Zentner schwere Haken befanden, herunter. Der Arbeiter Fr. Brand aus Thale und der Maurer G. Hinz aus Kattenfeld wurden durch die Erdmassen verdrückt. Brand erlitten einen sehr schweren Beinbruch und eine schwere Kopfverletzung; er wurde mittels Kranen nach Hause geschafft. Hinz kam mit dem Kopf zwischen beide Haken zu liegen, so daß der Kopf zerquetscht wurde und der Tod sofort eintrat. Dies ist innerhalb acht Tagen der dritte Unglücksfall. Die Unfallvorschriften wurden erst jetzt ausgehängt.

**Weimar.** Sonnabends, den 8. August, ging der erst kürzlich der Nachre entlassene Maurer Hugo Gass auf einer schiefen Leiter verunglückt. Er war beim Ausmauern einer 2 m tiefen Fundamentgrube, als ihm einfüßige Erde, die er zwischen den Füßen auf einen eben von ihm vermauerten Stein zerquetscht. Mafsen und Stützmoden waren gebrochen und eingestürzt. Nach lebend, aber hoffnungslos, wurde G. ans Tageslicht gebracht. Der Unfall ist auf äußerst leichtsinnige Absteigerung zurückzuführen. — In Weimar steht es überhaupt sehr traurig aus mit der Durchführung der Schutzvorschriften. Es wird kein einziger Bau ausgeführt, der nicht Anlaß zu Klagen gibt. Die geringste Kritik zieht hier freilich sofortige Mahnung nach sich, wie der Fall Kleinbachtal beweist. Derselbe kritisierte am Bau Gießelberg das Fehlen des Verbandlakens; prompt wurde er ausgeperrt, so daß es ihm nicht möglich ist, irgendein Arbeit zu erhalten. Wieviel Wagnis hier zu kritisieren! Warten ohne Abdeckung, ohne Fänge und Schutzgürtel; ungenügende Aborte, Neubauten, wo Wind und Wetter umgeben die Vorgänge haben. Wann werden sich die Kollegen in Weimar auf ihre Pflicht besinnen?

**Gegen die Bauarbeiterkommission.** Sonderbare Ansichten entwickelt der Vorstand der Gannoverschen Bauarbeiterberufsgenossenschaft in einem „vertraulich“ verhandelten Brief, dessen Inhalt lautet:

An die Mitglieder der Gannoverschen Bauarbeiterberufsgenossenschaft.

Wenn auch die meisten im Baubetriebe vorkommenden Unfälle lediglich auf die durch die Eigenart der Bauarbeiten und die damit nun einmal unabhängig verbundenen Gefahren zurückzuführen sind, so werden doch andererseits erwiesenermaßen manche Unfallsverletzungen durch die eigene Schuld der Verunglückten verursacht. Und hierbei spielt die Unachtsamkeit und Gleichgültigkeit eine wesentliche Rolle. Die Unachtsamkeit u. in Werksstätten bei Bedienung der Maschinen, auf den Werk- und Bauplätzen u. wo über aber in sehr vielen Fällen dadurch verursacht, daß unbedachte Personen zu irgendwelchen Zwecken die Baustellen u. betreten und die dort Beschäftigten in ihrer Arbeit und der erforderlichen Aufmerksamkeit stören. Unter anderem wird auch von Unbefugten, denen nicht ein Schein von Berechtigung dazu zusteht, versucht — sie nennen sich Mitglieder der Arbeiterkommission —, die Baustellen und Werkplätze zu revidieren, und soll es sogar vorgekommen sein, daß von diesen Revidenten Probotische aufgenommen und die Poliere zur Unterschrift veranlaßt sind. Daß durch solche unbefugte Kontrolle die Arbeit gestört wird und die Sorgsamkeit der Arbeitnehmer leidet, bedarf wohl weiterer feiner Auseinandersetzung, ganz abgesehen davon, daß die sogenannte Arbeiterkommission oft gar nicht fähig ist, darüber zu urteilen, ob ein Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften vorliegt und eventuell welche Maßregeln zu dessen Beseitigung zu treffen sind.

Wir können auch nicht dulden, daß neben uns und den sonst dazu berufenen staatlichen und kommunalen Organen irgendwelche Personen sich willkürlich mit der Kontrolle der Bauten u. w. befassen. Jedenfalls muß seitens der Herren Genossenschaftler dafür Sorge getragen werden, daß unbedachte Personen die Baustellen und sonstige Betriebsstätten nicht betreten.

Wir ersuchen deshalb dringend, ein diesbezügliches Verbot zu erlassen und alle Kontrollen zur Vorlegung ihrer Legitimationskarte u. w. zu veranlassen. Die Poliere resp. das Aufsichtspersonal bitten wir dahin zu instruieren, Personen, die sich nicht als von uns angestellte Aufsichtsbeamte oder als öffentliche Beamte ausweisen können, von den Betriebsstätten u. w. zurückzuweisen.

Die Kontrolle der Bauten kann nur Sache der durch das Gesetz dazu berufenen Organe sein. Nebenkontrolle, die nur zu Unheil führen können, darf der Unternehmer nicht dulden.

Der Vorstand  
der Gannoverschen Bauarbeiterberufsgenossenschaft.  
G. Kaiser.

Nach der Ansicht des vereinigten Genossenschaftsvorstandes haben also — um gleich auf den „springenden Punkt“ des ganzen Quasies zu kommen — die Bauarbeiterberufsgenossenschaften die Schuld an den vielen Unfällen. Wenn die Kontrolle der Arbeiter auf der Baustelle, wenn die Kontrolle der Aufsicht der Bauleitung







Wiel ist das nun gerade nicht, aber es ist doch wenigstens etwas. Leider läßt das Anstandsgebot aus dem Verbandsamt nicht erkennen, ob auch die übrigen Gewerkschaften über das Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiter belehrt worden sind. Ist das noch nicht geschehen, so sollte man es schnell tun, damit uns bei ähnlicher Gelegenheit nicht etwa ein anderer Beamter unsere Versammlungen unmöglich macht. Es braucht nicht immer Herr Böttger zu sein.

Wie notwendig die Belehrung der Beamten im allgemeinen gerade auf diesem Gebiete ist, beweist weiter ein Fall in Luchel. Hier wurde dem Beamten, der uns sein Lokal zur Versammlung zur Verfügung stellte, von der Polizei verboten, die Versammlung zuzulassen. Die Polizei erklärte, die Versammlung sei nicht angemeldet und dürfe nicht tagen. Als wir davon erfuhren, ging der Beamte mit dem Vertrauensmann zum Polizeibureau, um Aufklärung in der Sache zu erlangen und dahin zu wirken, daß die Beschränkung ihre ungelegte Maßnahme zurücknehme. Hierbei mußten wir die Erfahrung machen, daß die betreffenden Beamten nicht genügend oder falsch informiert waren. Als später auch der Herr Bürgermeister in das Vereinsgesetz hineingesehen hatte, bekamen wir die Mitteilung, daß die Versammlung tagen dürfe. Sollen die Beamten früher in das Vereinsgesetz hineingesehen, oder wären sie von ihren Vorgesetzten genügend belehrt worden, so brauchen wir, als Maurergesellen, nicht erst als Instrukteure der Beamten zu dienen.

### Verschiedenes.

\* Eine halbe Stadt verbrannt. Am 5. August ist in der badischen Stadt Donaueschingen ein Brand ausgebrochen, der mehr als die Hälfte der Stadt einäscherte. Nach den amtlichen Ermittlungen sind 135 Wohnhäuser und 168 Nebengebäude mit einem Versicherungswert von M. 1.625.000 abgebrannt. 214 Familien sind obdachlos. Das Feuer hat auch viele öffentliche Gebäude zerstört. Nach einem aber nicht bewiesenen Bericht soll es durch spielende Kinder aufgefunden sein. Menschenleben sind dabei nicht vernichtet worden. Der Wirtshaus, unser kapitalistischer Bestimmungsbewußt, daß sich dies am Baumgewerbe interessierte Leute in jener Gegend über, bis Unglück freuen werden, weil es dadurch Beschäftigung gibt.

\* Von der Eroberung der Luft. Am 4. August ist der Graf Zeppelin mit seinem neuen Luftschiff aufgestiegen, ist die Rheinische bis Mannheim hinuntergefahren und hat sich dann wieder südwärts gewendet, um über Stuttgart nach dem Ausgangspunkt bei Friedrichshafen am Bodensee zurückzukehren. Unter Stuttgart, auf den Höhen, in der Nähe des Dorfes Schönbühl, war der Graf genötigt, zu landen, und während der Ballon brannte, lag, überlagerte ihn ein Gewittersturm. Der Ballon riß sich los und durch eine Entzündung des Gases, über deren Ursachen man noch streitet, verbrannte der ganze Ballon. Man nimmt an, daß eine elektrische Entzündung des Gases erfolgte, die durch das Gewitter verursacht worden ist. Gegen das System Zeppelins soll damit nichts bewiesen sein. Was sich als notwendig herausgestellt haben soll, sind stärkere und zuverlässigere Antriebsmotoren. Ueberhaupt bedeutet dies Unglück nicht das Scheitern der Luftschiffe. Es sind ihm jetzt von Privaten wie vom Reich eine große Summe zur Verfügung gestellt worden, daß er sofort wieder ein neues Luftschiff bauen kann. Wie jede große Erfindung, so beurteilt man auch diese lediglich unter dem Gesichtspunkte der militärischen Verwendbarkeit.

### Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

\* Krankenaffen und Sozialdemokratie. Professor Dr. Stier-Semlow hat sich in der Zeitung „Der Tag“ zur Krankenaffenfrage geäußert und da u. a. folgendes geschrieben:

„Ich weiß, daß eine große Anzahl von Klassen parteipolitisch, insbesondere im Interesse der Sozialdemokratie ausgeübt werden. Das ist gewiß zu mißbilligen. Aber wenn die Majorität der in den Klassen befindlichen Arbeiter tatsächlich Sozialdemokraten sind — und das wird vielfach so ist, wird niemand bestreiten —, dann ist es eben nicht mehr als natürlich, daß auch die Leitung der Klasse von Sozialdemokraten besetzt wird. Ich füge, um kein Mißverständnis zu erregen, ausdrücklich hinzu, daß ich persönlich meiner Überzeugung nach konsequent gerichtet bin und die Sozialdemokratie als Partei als Gegenstand empfinde. Allein dies macht mich nicht wankend in der Überzeugung, daß gerade der einzige vollständige Zweig der Arbeiterversicherung, nämlich der Krankenversicherungsrecht, nur dann seine Aufgabe voll erfüllen kann, wenn er getragen ist von dem Vertrauen derer, für die die Einrichtung bestimmt ist.“

Entschieden ist der Behauptung zu widersprechen, daß die Krankenaffen durch Sozialdemokraten parteipolitisch ausgeübt werden. Es ist bis jetzt nicht möglich gewesen, auch nur einen einzigen solchen Fall wirklich nachzuweisen. Im übrigen sind die Ausführungen des Herrn Dr. Stier ganz verständlich.

In seinem „Reformblatt für Arbeiterversicherung“ beurteilt dieser Herr sehr entschieden den Terrorismus der Ärzte. Er schreibt:

„Der Leipziger Verband der Ärzte terrorisiert nach unserer Kenntnis eine große Zahl von Ärzten, die nicht für die freie Arztwahl sind. Wir bekommen wöchentlich zahlreiche Briefe von dissentierenden Ärzten, die sich jedoch meistens nicht getrauen, in der Öffentlichkeit ihre Stimme zu erheben. Wir mißbilligen die Anonymität, können sie aber begreifen, denn der Leipziger Verband arbeitet mit allen Mitteln, mit denen ein Interessenverband nur arbeiten kann. Er hat den Bann der sozialen und beruflichen Achtung zu verhängen und macht davon, wenn es not tut, Gebrauch. Er umschließt die Majorität der an der freien Arztwahl wirklich interessierten Ärzte und bildet deshalb eine erdrückende Macht, gegen die der andere Teil, wenn er noch so sachliche Gründe hat, zur Zeit noch nicht aufkommen kann.“

Wenn Arbeiter in ihrem berechtigten Interessenkampf gegen das Kapital es ablehnen, mit Streikbrechern zu arbeiten, dann schreit man über solchen „Terrorismus“. Und wenn sie die Streikbrecher gebührend kennzeichnen,

nimmt die Strafschlichtung sie beim Tragen. Wenn aber ein Verzeihungswort Verzeihung, die sich seinem Willen nicht fügen wollen, brutal terrorisiert, dann ist es ganz in der Ordnung.

### Eingegangene Schriften.

Vom „Wahren Jacob“ ist die 16. Nummer des 25. Jahrgangs erschienen. Sie bringt die Biographie eines vorzüglichen Wirtes unseres verstorbenen Franz Josef Schmitt, nebst einem warm empfundenen Nachruf. Des weiteren enthält die Nummer eine längere Abhandlung „Wilhelm Weitling, der deutsche Gleichheitskommunist. 1808 bis 1871“ von Eduard Bernstein, der ein Porträt Weitlings beigegeben ist. Aus dem sonstigen Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Ruffische Gasse“ und „Admiral und Gasse im zwanzigsten Jahrhundert“.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 45. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das Reich auf Kündigung — Landtagswahlen und Wahlrechtskampf. Von Hans Bloch. — Das fälschliche Genossenschaftswesen. Von Emil Landwehr. (Schluß). — Die nationalpolitischen Genossenschaftsorganisationen in Preußen. Von Josef Kiese (Wien). — Katholische Jugendorganisationen. Von Maximilian Wurm. — Literarische Rundschau: Fabian Society, Parish Councils and Village Life. Von J. M. W. — Zeitungskritik.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

### Briefkasten.

Gadenstedt b. Peine, G. S. Du fragst nach einer Baufirma, die Arbeiten im Auslande, gar in überseeischen Ländern ausführt, und willst dort arbeiten. Wir können Dir leider eine solche Firma nicht nennen. Vielleicht kann es einer der „Grundstein“-Leser.

Kienberg, K. E. Derartige Berichte müssen von der Organisationsleitung beglaubigt werden, sonst können wir sie nicht aufnehmen.

Reichenheim, L. E. Ohne das Statut der Kasse zu kennen, können wir die Frage nicht beantworten.

Breslau. Man hat uns damals nichts über den Unfall geschrieben, was sollen wir nun mit dem Bericht über das daraus entstandene Strafverfahren?

Berlin, G. E. Der Bericht über den Baueinsturz wurde für die nächste Nummer zurückgestellt.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileute 15 Pf.)

Berlin. (Sektion der Ruhr.) Am 8. d. M. starb unser Mitglied **Rudolf Wetzel** im Alter von 56 Jahren plötzlich an Herzschlag.

Bochum. Am 2. August starb unser Verbandskollege **Clemens Kleinchen** aus Mülheim a. R. im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung.

Dresden. Am 7. August starb unser Verbandsmitglied **Ernst Fleischer** aus Reichardt im Alter von 39 Jahren durch Ertrinken.

Essen a. d. Ruhr. (Sektion der städtischen Maurer.) Am 6. August starb unser treuer Kollege **August Sturm** im Alter von 22 Jahren infolge eines Sturzes aus dem Fenster.

Seibe. Am 4. August starb unser stilleschaffender Kollege **Wilhelm Nitz** im Alter von 36 Jahren an Typhus.

Sohsen. Am 2. August starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandsmitglied **Wilhelm Pynlin** im Alter von 24 Jahren an Kehlkopfgeschwür.

Karlsruhe. Am 28. Juli starb unser Verbandskollege **Theodor Siegel** im Alter von 26 Jahren an Lungenerkrankung.

Landenberg a. d. W. Am 5. August starb unser langjähriges Mitglied **Paul Sagert** in Radow im 49. Lebensjahr durch Unfall.

Timmerode. Am 5. August starb infolge eines Unfalls unseres Verbandsmitglied **Heinrich Hünze** aus Rattenstedt im Alter von 24 Jahren.

Waldorf. Am 2. August starb unser treuer Kollege, Mitgründer und Kassierer des Zweigvereins **Georg Luck** im Alter von 31 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Antonienhütte.** Der Vorsitzende **Anton Bias** wohnt jetzt Neudorf bei Herrn Twardzik.

**Reichenhall.** Die Kollegen, welche am Pfingstamstag in Reichenhall gearbeitet haben und denen am betreffenden Tage der Lohn für eine Stunde abgezogen wurde, werden aufgefordert, ihre Vollmacht dem Zweigverein in Reichenhall zu übergeben, indem die Sache geregelt ist. [M. 1,80] **M. Westenhuber**, Vorsitzender.

**Alm.** Unser Verbandslokal befindet sich im „Wildeu Mann“, Mittergasse 2. Geschäftliche Sachen sind dorthin zu senden. [90 Pf.] **Der Vorstand.**

Wer kann die Adresse meines Sohnes, des Maurers **Franz Wasserberg**, angeben. Wille um Nachricht! [90 Pf.] **Franz Wasserberg**, Herbst i. A.

**Hermannus Watermann**, geboren am 4. September 1880 zu Leer (Ostfriesland), wird von seiner Mutter gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, dies mitzuteilen an:

**Georg Watermann**, Leer (Ostfriesland), Augustenstr. 33.

**Konrad Frädrich**, geb. 18. Oktober 1888 zu Garz, Buchn. 449906, zuletzt in Sonderburg, soll seinen Eltern Nachricht über seinen Aufenthalt geben. Mitteilungen in dieser Sache, wolle man richten an [M. 1,50]

**Wihl. Städt.** Stenemünde, Krausestr. 13.

Der Kollege **Albert Altner**, geboren zu Teich bei Galle a. d. S., Verh.-Nr. 25 053, wird ersucht, seine Adresse an seinen Vater gelangen zu lassen. Kollegen, denen der Aufenthalt Altners bekannt ist, mögen dies dem **Zweigverein Galle** an der Gasse melden. [M. 1,50]

### Hammer b. Jatzniek.

Sonntag, den 23. August:

## Sommerversnügen.

Die Kollegen von Hammer und Umgebung werden freundlichst eingeladen. [M. 2,40] **Der Vorstand.**

### Limbach i. Sachsen.

Sonntag, den 23. August:

## Sommerfest

bestehend in Konzert, Gartenbesichtigungen und Ball. Die Kollegen von Limbach und Umgebung sowie die der umliegenden Zweigvereine sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,30] **Der Vorstand.**

### Osterode i. Ostpr.

Sonntag, den 22. August, Abends 8 Uhr:

## Großes Sommerfest

in Buchwalde. Konzert, Theater und Ball. Sämtliche Kollegen mit ihren Familien und die umliegenden Zweigvereine werden ergebenst eingeladen. [M. 3] **Das Festkomitee.**

### Sachsa.

Sonntag, den 23. August, nachm. 3 Uhr:

## Erstes Stiftungsfest.

Alle Kollegen von nah und fern werden hierdurch freundlichst eingeladen. [M. 2,70] **Das Festkomitee.**

### Stavenhagen.

Sonntag, den 23. August 1908:

## \* Stiftungsfest \*

im Lokale des Herrn Linow. Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf. Ende 1 Uhr. Sämtliche Mitglieder von Stavenhagen und Umgebung werden freundlichst eingeladen. [M. 3] **Der Vorstand.**

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 16. August.

Croppenstedt. Nachm. 4 Uhr im Lokale des Herrn Witte.  
Luckenwalde. Nachm. 3 1/2 Uhr im Vereinslokal.  
Neubra. Nachm. 2 1/2 Uhr bei Wögling in Lieberstedt.  
Neugersdorf. Nachm. 4 Uhr im Restaurant „Zum Ausbaum“.   
Schweditz. Abends 8 Uhr im Arbeiter Kasino.  
Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal.

Dienstag, den 18. August.

Hamburg. (Sektion der Zementierer und Rauhputzmeister.) Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus (Wandstraße).  
Striegau. Abends 7 Uhr im „Gasthof zum Hahn Wismar“.  
Werdau. Sofort nach Arbeitschluss in der „Feuertüte“. Wäcker mitbringen.

Mittwoch, den 19. August.

Freistadt. Abends 7 Uhr im „Gasthof zum goldenen Schweiß“. Referent anwesend.

Donnerstag, den 20. August.

Grünberg i. Schl. Abends 8 1/2 Uhr im Wilm's Lokal.

Sonntag, den 22. August.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr.

Sonntag, den 23. August.

Würzburg. Vorm. 10 Uhr im „Döfchen“. Wichtige Tagesordnung.

Sonntag, den 30. August.

Langenweizendorf. Nachm. 4 Uhr bei Sporn.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Mier & Co. in Hamburg.